

Stadtkonferenz „10 Jahre Lebenswerte Veedel“

Stadtkonferenz „10 Jahre Lebenswerte Veedel“ Dokumentation



10 Jahre „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“

Freitag, 25. November 2016

Piazzetta des Historischen Rathauses zu Köln



Die Oberbürgermeisterin

Dezernat I – Geschäftsstelle Lebenswerte Veedel
Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion

Andreas Hansmann, Veedel e.V.

Gestaltung

rheinsatz, Köln

Fotos

Anatoli Stapanko, Stadt Köln

Druck

Zentrale Dienste der Stadt Köln

Inhalt

Vorwort	5
Dr. Stephan Keller, Stadtdirektor der Stadt Köln	
Einladung	6
Präsentationen aus den Sozialraumgebieten	7
Fotostrecke	
Grußwort	9
Guido Kahlen, Stadtdirektor a. D. der Stadt Köln	
Was leisten die 11 Sozialraumgebiete für die Stadt Köln	13
Prof. Dr. Jürgen Friedrichs Institut für Soziologie und Sozialpsychologie (ISS) an der Universität zu Köln	
Elemente einer strategischen, bedarfsorientierten, ressortübergreifenden und bürgerbeteiligten Arbeit im Stadtteil	22
Petra Patz-Drücke, Stabsstellenleiterin sozialraumorientierte Planungskoordination Berlin Mitte	
Sozialraumorientierung als Aufgabe für Alle?	34
Vertreter der Sozialraumkoordinatorinnen und -koordinatoren: Daniela von Palubicki, SRK Höhenberg/Vingst Andreas Hildebrand, SRK Höhenberg/Vingst Andreas Hansmann, SRK Ostheim/Neubrück Monika Reisinger, SRK Bocklemünd/Mengenich	
Gesprächsrunde	
10 Jahre Lebenswerte Veedel – Rückblick und Ausblick	38
Vertreter des Steuerungsgremiums: Dr. Ralf Heinen, Bürgermeister der Stadt Köln (SPD) Kirsten Jahn, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Jörg Detjen, Vorsitzender der Fraktion Die Linke.Köln Ulrich Bergmann, AG der Kölner Wohlfahrtsverbände Bettina Scheunemann, Leiterin Bürgeramt Ehrenfeld und Geschäftsstelle „Lebenswerte Veedel“	
Adressen	42

Moderation: Anke Bruns

Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

am 25.11.2016 fand in der Piazzetta des Historischen Rathauses die Stadtkonferenz „10 Jahre Lebenswerte Veedel“ statt. Im Jahr 2006 wurden die ersten Träger mit der Umsetzung dieses Programms – damals noch unter dem Projekttitel „Sozialraumorientierte Hilfsangebote in Köln“ beauftragt.

Diese Fachveranstaltung fand beim anwesenden Publikum höchste Anerkennung. Viele Vertreter der Politik, der Verwaltung, Vertreter der stadtnahen Gesellschaften, der Polizei, den Wohnungsbaugesellschaften, den Kirchen, Fachhochschulen und Ehrenamtliche, die sich in den Sozialraumgebieten in unterschiedlichsten Vereinen, Initiativen so wie bei Trägern der freien Wohlfahrtspflege engagieren, sind der Einladung gefolgt.

Dies zeugt von einem großen Interesse an diesem Programm und belegt, dass es in den ersten zehn Jahren seines Bestehens für viel Aufmerksamkeit gesorgt hat und bereits viel Positives in den elf Sozialraumgebieten bewirkt wurde.

Das Programm „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“ ist weiterhin eine Erfolgsgeschichte und hat in den letzten Jahren wichtige Strukturen vor Ort geschaffen, die heute auf vielfache Art und Weise genutzt werden. Dies war eine wichtige Erkenntnis dieser Veranstaltung. Den Diskussionen war zudem der Wunsch zu entnehmen, das Programm nun weiterzuentwickeln. Insbesondere soll Sozialraumorientierung als gesamtstädtische Aufgabe betrachtet werden. Hierzu hat der Stadtvorstand am 17.03.2015 einen Beschluss gefasst, der allen eine dezernats- und ämterübergreifende Sozialraumorientierung als verbindliches Handlungsprinzip vorgibt.

Dies umzusetzen und in den laufenden Prozess der Verwaltungsreform fest zu verankern nehme ich als eine wichtige Aufgabe in meinem Zuständigkeitsbereich gerne an.

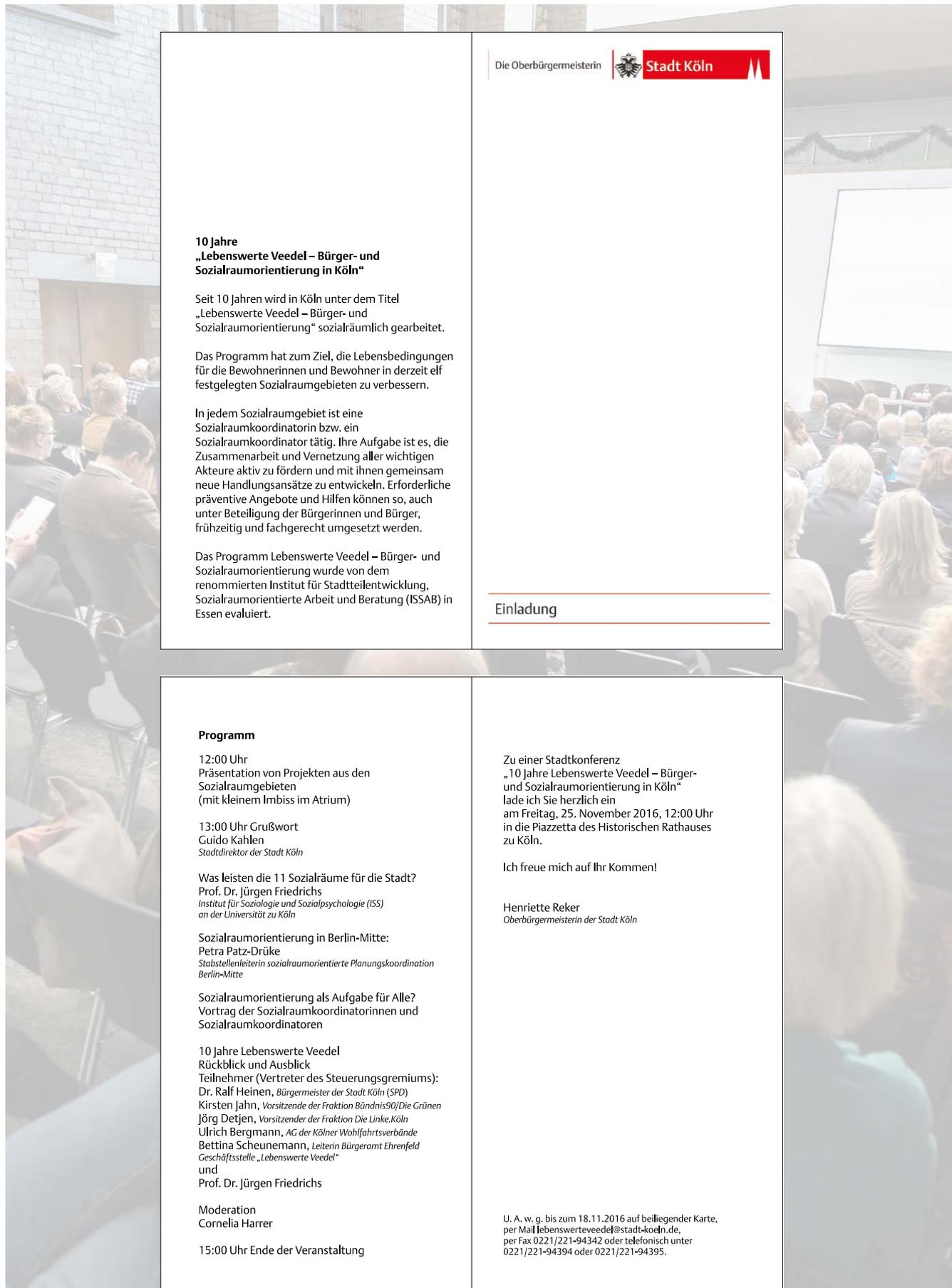
Ich freue mich, Ihnen auf den nachfolgenden Seiten nun die Dokumentation zu präsentieren. Ich wünsche Ihnen, dass diese Dokumentation Sie in Ihrer Arbeit unterstützt und zu weiteren innovativen Anregungen bei der Weiterentwicklung dieses Programms motiviert.

Ihr Dr. Stephan Keller



**Dr. Stephan Keller,
Stadtdirektor der
Stadt Köln**

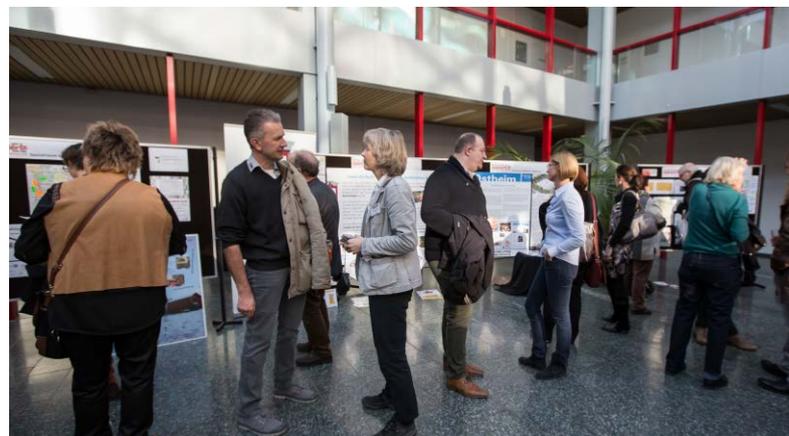
Einladung



<p>10 Jahre „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“</p> <p>Seit 10 Jahren wird in Köln unter dem Titel „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung“ sozialräumlich gearbeitet.</p> <p>Das Programm hat zum Ziel, die Lebensbedingungen für die Bewohnerinnen und Bewohner in derzeit elf festgelegten Sozialraumgebieten zu verbessern.</p> <p>In jedem Sozialraumgebiet ist eine Sozialraumkoordinatorin bzw. ein Sozialraumkoordinator tätig. Ihre Aufgabe ist es, die Zusammenarbeit und Vernetzung aller wichtigen Akteure aktiv zu fördern und mit ihnen gemeinsam neue Handlungsansätze zu entwickeln. Erforderliche präventive Angebote und Hilfen können so, auch unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, frühzeitig und fachgerecht umgesetzt werden.</p> <p>Das Programm Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung wurde von dem renommierten Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) in Essen evaluiert.</p>	<p>Die Oberbürgermeisterin  Stadt Köln</p> <hr/> <p>Einladung</p> <hr/>
<p>Programm</p> <p>12:00 Uhr Präsentation von Projekten aus den Sozialraumgebieten (mit kleinem Imbiss im Atrium)</p> <p>13:00 Uhr Grußwort Guido Kahlen <i>Stadtdirektor der Stadt Köln</i></p> <p>Was leisten die 11 Sozialräume für die Stadt? Prof. Dr. Jürgen Friedrichs <i>Institut für Soziologie und Sozialpsychologie (ISS) an der Universität zu Köln</i></p> <p>Sozialraumorientierung in Berlin-Mitte: Petra Patz-Drüke <i>Stabstellenleiterin sozialraumorientierte Planungskoordination Berlin-Mitte</i></p> <p>Sozialraumorientierung als Aufgabe für Alle? Vortrag der Sozialraumkoordinatorinnen und Sozialraumkoordinatoren</p> <p>10 Jahre Lebenswerte Veedel Rückblick und Ausblick Teilnehmer (Vertreter des Steuerungsgremiums): Dr. Ralf Heinen, <i>Bürgermeister der Stadt Köln (SPD)</i> Kirsten Jahn, <i>Vorsitzende der Fraktion Bündnis90/Die Grünen</i> Jörg Detjen, <i>Vorsitzender der Fraktion Die Linke.Köln</i> Ulrich Bergmann, <i>AG der Kölner Wohlfahrtsverbände</i> Bettina Scheunemann, <i>Leiterin Bürgeramt Ehrenfeld Geschäftsstelle „Lebenswerte Veedel“</i> und Prof. Dr. Jürgen Friedrichs</p> <p>Moderation Cornelia Harrer</p> <p>15:00 Uhr Ende der Veranstaltung</p>	<p>Zu einer Stadtkonferenz „10 Jahre Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“ lade ich Sie herzlich ein am Freitag, 25. November 2016, 12:00 Uhr in die Piazzetta des Historischen Rathauses zu Köln.</p> <p>Ich freue mich auf Ihr Kommen!</p> <p>Henriette Reker <i>Oberbürgermeisterin der Stadt Köln</i></p> <p>U. A. w. g. bis zum 18.11.2016 auf beiliegender Karte, per Mail Lebenswerteveedel@stadt-koeln.de, per Fax 0221/221-94342 oder telefonisch unter 0221/221-94394 oder 0221/221-94395.</p>

Präsentationen aus den Sozialraumgebieten

Bilderstrecke





Grußwort Stadtdirektor Guido Kahlen

„Es gilt das gesprochene Wort“, anlässlich der Stadtkonferenz „10 Jahre Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“, 25.11.2016, ab 12 Uhr in der Piazzetta des Historischen Rathaus zu Köln

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin persönlich sehr erfreut, dass ich kurz vor meinem Ruhestand heute zu diesem 10-jährigen Jubiläum des Programms „Lebenswerte Veedel“ das Grußwort an Sie richten darf.

Für mich schließt sich ein Kreis, da ich das Programm von Anfang an in besonderer Weise begleitet habe und nun in einem einigermaßen guten, aber ausbaufähigen und -pflichtigen Zustand weitergeben kann.

Damals in der Nachfolge von Kollegen Dr. Schulte habe ich als zuständiger Beigeordneter für Jugend und Familie gemeinsam mit der ehemaligen Beigeordneten für Soziales, Frau Marlis Bredehorst, dieses ambitionierte Programm, zu der Zeit noch als Modellprojekt, auf den Weg gebracht.

In diesem Zusammenhang gilt mein besonderer Dank der Liga der Wohlfahrtsverbände, die sich mit Vehemenz und Kreativität für die Umsetzung dieses Vorhabens eingesetzt hat und das Programm mit großem Engagement maßgeblich mit gestaltet.

Das Sozialstaatsprinzip des Artikel 20 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 72 Abs. 2 des Grundgesetzes verpflichtet uns zur „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ und hat damit eine sozialräumlich ausgleichende Orientierung zum Ziel.

Sozialraum ist Lebensraum, Quartier, Heimat, der soziale Mikrokosmos, in dem sich globale gesellschaftliche Entwicklungsprozesse und Versäumnisse wiederspiegeln und brechen. Stellt der Staat fest, dass in einem Gebiet ungleiche Lebensbedingungen herrschen, so muss dieser zum Schutz der Bewohner die Lebensbedingungen verbessern bzw. hat den Auftrag ungleiche Lebensverhältnisse zumindest zu reduzieren. Dabei stehen die Bedarfe der Bewohner im Vordergrund. Diese sind Planungsgrundlage.

Im Jahr 2006 kam es zur ersten Beauftragung für zunächst sechs Sozialraumgebiete. In den folgenden Jahren wurde das Programm auf elf Sozialraumgebiete ausgebaut. Mit der Ratsentscheidung vom 17.12.2013 wurde das Modellprojekt als Regelaufgabe in das städtische Programm überführt und innerhalb meines Zuständigkeitsbereiches unmittelbar an die Bürgerämter angebunden. Damit ist auch eine wesentlich engere Verzahnung mit den Bezirksvertretungen – den politischen Entscheidern vor Ort – verbunden. Dies war eine gute Entscheidung, um dieses Programm nach seiner Zielsetzung noch näher an die Bürger heranzuführen. Die Sozialraumkoordinatorinnen und Sozialraumkoordinatoren erhalten über die Bürgerämter einen breiteren Zugang zu den Gliederungen der Verwaltung und den politisch verantwortlichen Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertretern. Das war mir ein wichtiges Anliegen.

Die elf Sozialraumgebiete – die größtenteils durch eine soziale Benachteiligung gekennzeichnet sind – umfassen mit ca. 230.000 Einwohnerinnen und Einwohnern fast ein Viertel der städtischen Bevölkerung.



Die Sozialraumkoordinatorinnen und Sozialraumkoordinatoren sind in diesen Gebieten Motor, Begleitung und Förderer für Aktivitäten und Projekte, die die Menschen vor Ort unterstützen. Dabei haben sie immer das Gebiet als Ganzes im Blick und beziehen Bürgerinnen und Bürger sowie professionelle Akteure mit ein. In nahezu allen Lebensbereichen wie Kinder und Familien, Soziales, lokale Ökonomie, Gesundheit, Sport, Wohnen, Grün- und Stadtplanung, Stadtentwicklung aber auch Arbeit, Gemeinwesen, Kultur und Integration können Anlässe entstehen, die aktuelles Handeln notwendig machen. Schlummernde ungenutzte Potentiale sollen gefördert werden

Der Schmelztiegel des gesellschaftlichen Lebens in Köln sind seine Veedel.

Die Sozialraumkoordinatorinnen und Sozialraumkoordinatoren benötigen zur Erfüllung ihrer Aufgaben die ungeteilte Aufmerksamkeit und Unterstützung der gesamten Stadtverwaltung. Aus den Erkenntnissen ihrer Aufgabenwahrnehmung vor Ort entwickeln die Sozialraumkoordinatorinnen und Sozialraumkoordinatoren zusammen mit den Akteuren der Zivilgesellschaft konkrete Bedarfe, die sich aus den Lebensverhältnissen der Bewohner der Quartiere in den Sozialraumgebieten ergeben. Die Stadtverwaltung bezieht diese ermittelten Bedarfe verpflichtend in ihre Planung ein. Hierzu ist es erforderlich, dass die unterschiedlichen Gliederungen der Verwaltung interdisziplinär zusammenarbeiten um zu bedarfsgerechten Maßnahmen zu kommen, die eine möglichst umfassende Verbesserung der Lebenssituation für die Bewohner zur Folge hat. Dieses Prinzip ist von der Verwaltung verpflichtend einzuhalten. Die federführenden Dezernate übernehmen hierfür die Verantwortung. Dieses Ineinandergreifen der Kompetenzen verhindert langfristig, dass die Sozialraumkoordinatorinnen als einsame „Retter der Welt“ vor Ort verbrannt werden.

Unsere Stadt Köln zählt zu den Großstädten der Republik, deren Bevölkerungsanteil durch Binnenzug wie auch durch Migration in besonderer Weise wachsen wird. Vor diesem Hintergrund empfehle ich, dieses Programm auszubauen, um die gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahre in unserer Stadt zu meistern.

Lebens- und liebenswertes Köln, das sind die Attribute unserer Stadt, die zu den attraktivsten Städten Deutschlands gezählt wird. Eine Auszeichnung und eine stetige Herausforderung zugleich. In Zeiten, in denen unsere Stadt starken Zuwachs erfährt, die gesellschaftlichen Fliehkräfte immer stärker werden und die Schere zwischen Arm und Reich sich immer weiter öffnet, ist es unabdingbar, Chancengleichheit und Teilhabe in sozialbenachteiligten Stadtteilen und Wohnquartieren herzustellen. Dieser Ansatz geht über die Einzelfallhilfe hinaus. Das sozialbenachteiligte Quartier muss aus der sozialen Isolierung herausgeführt und mit flankierenden Maßnahmen in das normale Siedlungsgefüge des Stadtteils integriert werden.

Der Schmelztiegel des gesellschaftlichen Lebens in Köln sind seine „Veedel“. Die kölsche Bezeichnung „Veedel“ geht weit über das hinaus, was seine umgangssprachliche Herkunft aus dem Hochdeutschen – „Viertel“ Stadtviertel – bezeichnet. „Veedel“ umfasst die ganze Lebenswelt eines Stadtteils mit allen Freuden und Leiden der Menschen, die dort leben und sich mit ihrem Veedel identifizieren. Diese Veedelskultur in unserer Stadt multipliziert sich zu einem stadtgemeinschaftlichen Nimbus, den es nur in Köln gibt. Ein Schatz, den es zu pflegen und zu bewahren gilt.

Der Grundgedanke dieses Programms, das in ähnlichen Ausprägungen in anderen Städten in Europa zur Wirkung kommt, ist es, Stadtentwicklung aus der örtlichen Bedarfslage der dort lebenden Menschen aus zu betrachten. Um diese Prozesse zu unterstützen wurden EU-Förderprogramme ausgeschrieben, die ganzheitliche strukturelle Verbesserungen von sozialbenachteiligten Stadtteilen zum Ziel haben. Im Rahmen von EFRE (Europäischer Fond für Regionale Entwicklung) hat sich die Stadt Köln mit dem integrierten Handlungskonzept „Starke Veedel – Starkes Köln“ beworben. Ungeachtet dieser positiven Zielsetzung, mussten wir im Antragsverfahren feststellen, dass die angestrebten hehren Ziele im Zuständigkeits-Hick-Hack der versäulten Strukturen von Bewilligungsbehörden auf Landesebene und in der EU bis zur Unkenntlichkeit verbürokratisiert wurden. Mit einem Riesenaufwand und enormen zeitlichen Verzögerungen kann nun die Umsetzung dieses Handlungskonzeptes in kleinen Schritten mit erheblichen Einschränkungen umgesetzt werden.

Sozialräumliche Arbeitsansätze sind mit den bisherigen Verwaltungsstrukturen bei uns hier in Köln, in der Lan-

desregierung wie auch in der EU-Bürokratie, schwer zu realisieren. Um aber unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger an den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen in ihrem Lebensumfeld zu beteiligen, muss das Programm in Köln weiter entwickelt werden. Wenn man dieses Ziel nicht verfolgt, werden die stadtgesehellschaftlichen Risiken und Folgen unkalkulierbar.

**Aus Betroffenen müssen Beteiligte werden!
Unsere Veedel stärken, heißt unsere Stadt stärken!**

Das Programm „Lebenswerte Veedel“ bietet die Grundlage, um Köln für die Zukunft nachhaltig lebenswert zu gestalten. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass dieses Programm als wesentlicher Bestandteil fest in die angelaufene Verwaltungsreform verankert wird und als Teil der Gesamtstrategie weiter zu entwickeln ist. Das bedeutet, dass bei allen Handlungsfeldern das Sozialraumprinzip zur Anwendung kommen muss.

Um eine Weiterentwicklung des Programms „Lebenswerte Veedel“ zu gewährleisten, ist aus meiner Sicht deshalb folgendes zu beachten:

Weg von der Flächennutzungsplanung, hin zur sozialräumlichen Planung: Ziel ist es, die Bedarfe der Bewohner bei der Planung in den Mittelpunkt zu stellen, nicht die Flächen. Bürgerorientierung führt zu bedarfsgerechten, durchaus unterschiedlichen Lösungsansätzen.

Sozialräumliche Ausrichtung der gesamten Stadtverwaltung: Um bürgerorientierte, bedarfsgerechte Planungen zu realisieren, sind die vor Ort ermittelten Bedarfe die

zentralen Leitlinien der städtischen Planungen. Hierbei muss der Blick bezogen auf die Auswirkungen der Planungen auf den ganzen Sozialraum gerichtet sein. Dadurch können Bedarfe, die aus der Planung selbst entstehen, mit berücksichtigt und als Gesamtleistung umgesetzt werden. Beispiel: In der Nähe einer Sanierungsmaßnahme im Siedlungswohnungsbestand der GAG befand sich ein herunter gekommener öffentlicher Spielplatz, der nicht zum Siedlungsbereich gehört. Die Sanierung dieses Spielplatzes wurde mit in die Sanierung einbezogen, wertet die Gesamtsiedlung auf und trägt dazu bei, die soziale Stigmatisierung der Siedlung aufzulösen. (Symbolbild Spielplatz Kalk/GAG. benachbarter öffentlicher Raum und Einrichtungen werden in der Planung bedarfsgerecht angepasst).

Hierzu haben wir am 17.03.2015 im Stadtvorstand einen Beschluss zur sozialräumlichen Ausrichtung der Stadtverwaltung gefasst. Hieraus möchte ich nochmal den Beschluss zitieren:

- Der Stadtvorstand verpflichtet sich, das vom Rat der Stadt Köln beschlossene sozialräumliche Handlungsprogramm „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“ aktiv zu unterstützen
- Der Stadtvorstand stellt fest, dass ein integriertes sozialraumorientiertes Handeln nur möglich ist, wenn die dezernats- und ämterübergreifende Sozialraumorientierung in den Dezernaten und Fachdienststellen als verbindliches Handlungsprinzip gilt
- Der Stadtvorstand verpflichtet sich, neben den haushaltmäßigen Auswirkungen zukünftig auch die sozialräumlichen Auswirkungen in Beschlussvorlagen für Rat und Bezirksvertretungen darzustellen

Die Umsetzung dieses Beschlusses ist einer der Schlüssel zur Weiterentwicklung dieses Programms.

Wir müssen für die Sozialräume ähnlich dem Bürgerhaushalt einen Sozialraumhaushalt entwickeln. Nach dem Konzept des Bürgerhaushaltes sollen dort Ideen aus der Zivilgesellschaft ausgelobt und finanziert werden, die sich am besten eignen, um Chancengleichheit und Teilhabe zu organisieren bzw. die soziale Ausgrenzung zu überwinden. Dieser Sozialraumhaushalt muss finanziell bedarfsgerecht ausgestattet werden.



Um den stadtgesellschaftlichen Zusammenhalt zukunftsicher zu organisieren, muss für und mit den Menschen geplant werden.

Aus Betroffenen müssen Beteiligte werden!

Unsere Veedel stärken, heißt unsere Stadt stärken!

Ich erhoffe mir mit den heutigen Beiträgen neue Impulse, um den eingeschlagenen Weg mutig weiter zu gehen.

Das Programm „Lebenswerte Veedel“ bietet die Grundlage, um Köln für die Zukunft nachhaltig lebenswert zu gestalten.

Ich habe mich dafür eingesetzt, dass dieses Programm als wesentlicher Bestandteil fest in die angelaufene Verwaltungsreform verankert wird und als Teil der Gesamtstrategie weiter zu entwickeln ist.

Das bedeutet, dass bei allen Handlungsfeldern das Sozialraumprinzip zur Anwendung kommen muss.

Dem Programm wünsche ich weiterhin gutes Gelingen und die Unterstützung aller Beteiligten, um die Lebensbedingungen der Menschen in den Sozialraumgebieten auch zukünftig zu verbessern und zu stabilisieren. Bezogen auf die erwähnten gesellschaftlichen Herausforderungen ist zu wünschen, dass dieses Programm mit seiner Zielsetzung bedarfsgerecht ausgebaut wird.

Bevor ich nun an Frau Bruns weiter gebe, erlauben Sie mir vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen noch eine Anmerkung: Dem weltweiten Protest gegen die Folgen von Modernisierung und Globalisierung müssen auch wir in der Bundesrepublik etwas entgegensetzen, dass den potentiellen und tatsächlichen Verlierern dieser Umwälzungen wieder Hoffnung auf Teilhabe und Chancengleichheit gibt und Ausgrenzungen überwindet. Das Programm Lebenswerte Veedel werde ich als Teil einer solchen Strategie, die alle Politikfelder, nicht nur das Soziale, angeht.



Was leisten „Lebenswerte Veedel“?

Prof. Dr. Jürgen Friedrichs, Universität zu Köln

Die Frage, was die lebenswerten Veedel leisten, lässt aus sich der Sicht sozialwissenschaftlicher Stadtforschung in zweierlei Hinsicht untersuchen: auf der Ebene der Bewohnerinnen und Bewohnern und auf des Veedels. Ich werde mich auf die des Veedels konzentrieren. Ich verwende zwei Theorien, um das Programm zu untersuchen.

Zwei Theoretische Ansätze:

1. Kontexteffekte

Im Jahr 1987 erschien das Buch „The Truly Disadvantaged“ von William J. Wilson, damals an der Universität Chicago, heute an der Harvard University. In dem Buch untersucht der Autor benachteiligte Wohngebiete in Chicago und deren Folgen für die Bewohner. Als Nachteile führt er unter anderem auf:

- geringere Chancen der Bewohnerinnen und Bewohner auf dem Arbeitsmarkt,
- mehr deviantes Verhalten, z. B. Drogen, Schulschwänzer, Teenager-Mütter,
- geringerer sozialer Zusammenhalt und Vertrauen,
- schlechtere physische und mentale Gesundheit,
- eingeschränkter Partnerpool.

Das Programm „Lebenswerte Veedel“ richtet ebenfalls auf benachteiligte Sozialräume, also eben jene Gebiete, die auch Wilson beschrieben hat. Allerdings ist in den nordamerikanischen Großstädten das Ausmaß der einzelnen Probleme höher oder gar dramatischer, z.B. der Anteil Schwarzer Alleinerziehender, doch haben wir es strukturell mit ähnlichen Problemen zu tun.

Wirklich innovativ ist seine Analyse, weil er behauptete, die Struktur des Wohngebietes habe einen (negativen) Effekt auf die Bewohner. Zugespitzt formuliert: Ein armes Wohngebiet macht die armen Bewohnerinnen und Bewohner noch ärmer. Die Behauptung eines solchen Kontexteffekts hat seither zu einer enormen Zahl von Studien geführt, im Jahr 2012 waren es bereits 1800 einschlägige Veröffentlichungen. Worin dieser Effekt besteht, ist nicht hinreichend geklärt. Zwei soziale Prozesse lassen sich jedoch als gesichert anführen: erstens negative Rollenmodelle oder fehlende positive Rollenmodelle,



zweitens eine soziale Ansteckung durch andere, die sich abweichend verhalten. In beiden Fällen handelt es sich um soziales Lernen. Man kann beobachten und lernen, dass es sich finanziell und vom sozialen Status her lohnt, zur Arbeit zu gehen, man kann aber ebenso lernen, dass man mit dem Handel von Drogen Geld verdienen und Ansehen erreichen kann. Die Frage ist, wer warum die eine, wer die andere Alternative wählt. Das zu erkennen und zu intervenieren, ist eine Aufgabe der Sozialarbeit.

2. Kollektive Wirksamkeit

Ein anderer Aspekt ist der soziale Zusammenhalt in einem Wohngebiet. Dazu gehören Vertrauen, soziale Kontrolle und gemeinsame Normen. Ausgehend von der Theorie der sozialen Desorganisation von Wohngebieten (Shaw und McKay 1942), haben Sampson und Mitarbeiter (Sampson 2012, Sampson und Groves 1989, Sampson, Morenoff und Earls 1999, Sampson, Raudenbush und Earls 1997, Raudenbush und Sampson 1999) Konzepte und Messverfahren entwickelt, um den Zusammenhalt zu bestimmen. Es sind die Skalen „kollektive Wirksamkeit“ (collective efficacy), sie misst Vertrauen und soziale Kontrolle, sodann die Skala „intergenerationale Nähe“ (intergenerational closure), die informelle Kontrolle über Kinder und Jugendliche erfasst. Dieser Ansatz ist insbesondere auf benachteiligte Wohngebiete (neighbourhoods) angewendet worden und ist deshalb für unsere Arbeiten über Sozialräume bedeutsam. Die zentralen Annahmen der Theorie sind in Abbildung 1 dargestellt.

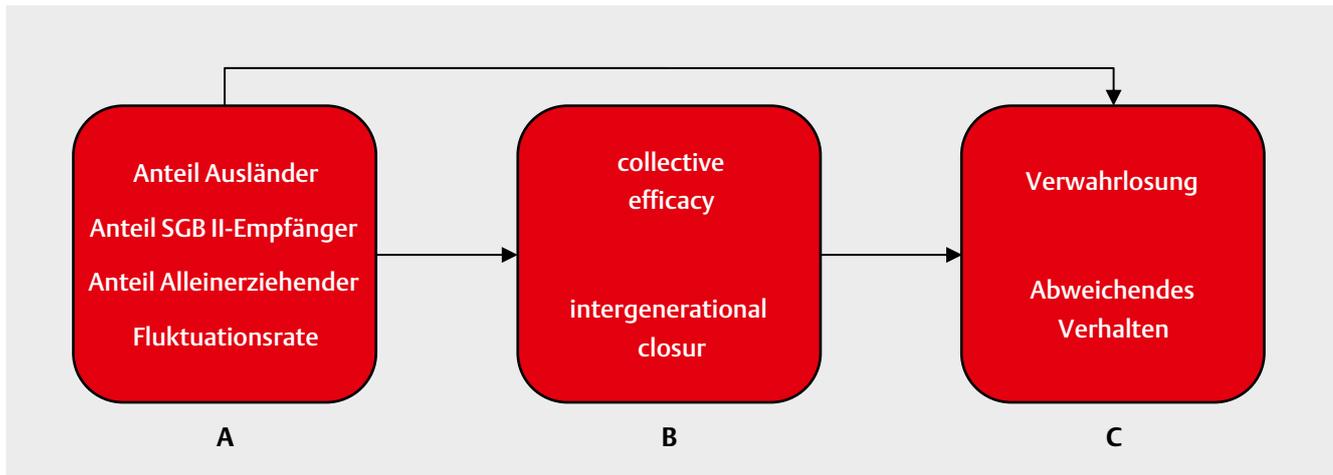


Abbildung 1: Das Modell von Sampson et al.

Die Benachteiligung eines Wohngebietes wird über vier Indikatoren gemessen (Box A), sie beeinflussen das Ausmaß des sozialen Kapitals (Box B), dieses das Ausmaß von Devianz. (Box C). Die entscheidende (und innovative) Hypothese lautet, es gäbe nicht den zumeist behaupteten direkten Effekt von A auf C, sondern dieser würde durch das Ausmaß sozialen Kapitals (B) moderiert.

Ich gehe hier nur auf die Skala der kollektiven Wirksamkeit ein. In mehreren Studien haben wir diese (übersetzte) Skala verwendet (Blasius, Friedrichs und Klöckner 2009, vgl. auch Oberwittler (2003). Auf fünf Aussagen (Items) können die Befragten mit „trifft voll zu“, „trifft eher zu“, „trifft eher nicht zu“ oder „trifft gar nicht zu“ antworten. In Tabelle 1 sind Ergebnisse unserer Studien in Köln und Hamburg aufgeführt. Die Gebiete unterschieden sich deutlich im Grad der kollektiven Wirksamkeit, sie ist in dem Oberschicht-Wohngebiet Hamburg-Harvestehude an höchsten.

Die soziale Kontrolle abweichenden Verhaltens wie z. B. die Kontrolle von Drogenhandel, die Verurteilung von Teenager-Schwangerschaften, Schulschwänzen oder gar vorzeitigen Schulabbruchs, die Vermüllung der Straßen, Graffiti etc., sind Sachverhalte, die – wenn sie überhaupt auftreten – dann von der überwiegenden Mehrzahl der Bewohnerinnen und Bewohnern verurteilt werden.

Werden sie hingegen von den Bewohnerinnen und Bewohnern in unterschiedlichem Ausmaß akzeptiert, dann herrscht eine Normenpluralität. Sie hat zwei wichtige Folgen: Zum einen wird abweichendes Verhalten geduldet oder ignoriert („man kann nichts dagegen machen“). Wenn die Bewohnerinnen und Bewohner das wahrnehmen, werden sie keine soziale Kontrolle ausüben, weil sie nicht sicher sein können, dass andere Bewohnerinnen und Bewohner ähnlich denken. Beide Reaktionen haben wir in einer Studie in Köln Höhenberg und Humboldt-Gremberg in den Wohngebieten Germania und Kannebäcker (Friedrichs, Klöckner und Hönerbach 2015) und Kurtenbach (2016) in seiner Studie

Tabelle 1: Kollektive Wirksamkeit in vier Studien, nur Prozent „trifft voll zu“

Item	Vingst/ Höhenberg	Germania	Kannebäcker	Hamburg Harvestehude
	2008*	2015	2015	2016
Die Leute hier kommen gut miteinander aus	33,8	29,8	34,8	36,9
Man kann den Leuten in der Nachbarschaft vertrauen	28,4	27	31,3	36,6
Die Leute hier helfen sich gegenseitig	22,8	26,7	28,7	26,5
Hier kennen sich die Leute	31,3	23	34,7	20,5
Die Leute hier haben Respekt vor Gesetz und Ordnung	28,0	25,3	37,4	54,5

* nur deutsche Befragte

über Köln-Chorweiler bei einem Teil der Bewohnerschaft nachweisen können.

Eine Folge dieses Zustandes dürfte sein, dass die stärker an Mittelschicht-Normen orientierten Haushalte aus dem Wohngebiet ausziehen werden, sobald sich ihnen dazu die Möglichkeit (finanziell und vom Wohnungsangebot her) bietet. Je niedriger die wahrgenommene kollektive Wirksamkeit, desto eher will eine Bewohnerin oder ein Bewohner ausziehen. Das wiederum hat zur Folge, dass der Anteil derjenigen Bewohnerinnen und Bewohner, die sich mit abweichend verhalten oder es dulden, einen höheren Anteil an der Bewohnerschaft haben.

Man kann beobachten und lernen, dass es sich finanziell und vom sozialen Status her lohnt, zur Arbeit zu gehen, man kann aber ebenso lernen, dass man mit dem Handel von Drogen Geld verdienen und Ansehen erreichen kann.

Die Frage ist, wer warum die eine, wer die andere Alternative wählt.

Das zu erkennen und zu intervenieren, ist eine Aufgabe der Sozialarbeit.

Bevor ich auf die Folgerungen aus den beiden Ansätzen für die Sozialräume eingehe, möchte ich meine Überlegungen anschaulicher machen. Dazu greife ich auf Beispiele zurück, die in dem Abschlussbericht des Instituts ISSAB (2011: 28 – 51) aufgeführt sind. Zusätzlich habe ich alle Sozialraumkoordinatoren gebeten, mir zu einem der elf Handlungsfelder im Sozialraum ein praktisches Beispiel für ein Problem, die Zielgruppe, die gewählten Maßnahmen, das Ziel der Maßnahmen und deren Ergebnisse zu nennen. Hier sind sieben Beispiele.

Beispiel 1: Veedels-Hausmeister (SRK Humboldt-Gremberg/Kalk)

Problem: Sauberkeit im öffentlichen Raum, soziale Spannungen in den Häusern in Kalk-Nord.

Zielgruppe: Bewohnerinnen und Bewohner in Kalk-Nord, im Wohnbestand der Wohnungsbaugesellschaften GAG, Vonovia, GWG zu Köln u.a.

Maßnahmen: Dazu wurde 2012 durch den Wohndialog (Wohnungswirtschaftliche Partner) die Stelle des Veedels-Hausmeisters eingeführt. Der Veedels-Hausmeister ist für die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers ansprechbar, um ihre Probleme und Hinweise aufzugreifen oder weiterzugeben. Er ist selbst Bewohner des Quartiers, und wird von den Bewohnerinnen und Bewohnern anerkannt. Die Stelle wird von den Partnern des Wohndialogs finanziert. Zu seinen Aufgaben gehören kleinere Sanierungsarbeiten, Initiativen, wie Baumscheibenpatenschaften, die Ausbesserung und Verschönerung von Bänken, eigenständige Pflege von Teilen des öffentlichen Raums, Unterstützung bei Veedelsfesten, Zusammenarbeit mit Akteuren aus dem Quartier.

Ergebnisse: Der Veedels-Hausmeister dient als Ansprechpartner für die Sorgen der Bewohnerinnen und Bewohner, er kümmert sich um sie und ist auch Vermittler zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern, städtischen Ansprechpartnern, den verschiedenen Akteuren im Stadtteil, und als Kümmerer für den öffentlichen Raum. Das Wohnumfeld verbessert sich und soziale Spannungen können vermindert werden. Er sorgt so für die Verbesserung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens.

Beispiel 2: Mieterkontaktstelle in Chorweiler-Mitte (SRK Blumenberg/Chorweiler/Seeberg-Nord)

Problem: In Chorweiler Mitte, dem Herzen des Kölner Nordens – mit allen wichtigen Versorgungseinrichtungen des Bezirks befanden sich seit 1200 Wohnungen, die seit 2005 in Zwangsverwaltung, ca. 600 Wohnungen gehören seit 2006 einem internationalen Finanzinvestor. Sie sind in einem stark sanierungsbedürftigen Zustand und machen 2/3 des Wohnbestandes in Chorweiler Mitte aus. Diese geballte Wohnproblematik bedrohte mit seinen Folgen den gesamten Stadtteil.

Zielgruppe und Maßnahme: Nach zahlreichen Protesten der Mieter/innen organisierte 2008 der damalige Sozialraumkoordinator zu diesem Thema einen runden Tisch mit beteiligten Akteuren und Mietervertretern. Daraus entstand ein Projekt in Trägerschaft des GWA Büro der katholischen Kirchengemeinde, das die Unterstützung der Bewohnerinnen und Bewohner zum Ziel hatte. Den Auftakt bildete eine noch 2008 durchgeführte Befragung in einem beispielhaften Hochhaus. Sie zeigte gravierende Missstände auf.

Erfolge: Im Dezember 2009 öffnete die Mieterkontaktstelle. Sie ist bis heute eine Anlaufstelle für Mieterinnen und Mieter, deren Wohnung z.B. bauliche Mängel und Schäden aufweisen und sie berät zu Fragen „rund ums Wohnen“. Eine mehrsprachige Sozialpädagogin, eine Architektin und ehrenamtlich Engagierte arbeiten Hand in Hand. Die Mängel werden gesichtet, dokumentiert und angezeigt.

Die vorliegenden systembedingten Missstände, die die Vermieter trotz häufiger Aufforderung nicht beseitigten, wurden mehrfach in den Medien (Presse, TV) über Jahre öffentlich gemacht. Sowohl die Stadt- als auch die Landespolitik wurden in die Verantwortung genommen und immer wieder mit der Problematik vor Ort konfrontiert. Im August 2016 übernahm nach jahrelangen Verhandlungen die städtische Wohnungsbaugesellschaft GAG die zwangsverwalteten Bestände.

Kommentar JF: Hier wird also den Bewohnerinnen und Bewohnern ein Angebot gemacht, ihre Sorgen zu äußern, sie also ernst zu nehmen. Unmittelbar helfen konnte man ihnen nicht, aber sie trugen dazu bei, ein dickes Brett zu bohren – am späten Ende erfolgreich.

Beispiel 3: Häusliche Gewalt (SRK Köln Bickendorf/Westend/Ossendorf)

Problem: Im Wohnquartier Westend war die Zahl der (gemeldeten) Fälle von häuslicher Gewalt besonders hoch.

Zielgruppe: Frauen und Mütter aller sozialen Schichten.

Maßnahmen: Daher haben wir im Rahmen der Stadtkonferenz Bickendorf beschlossen, eine „Unterarbeitsgruppe“ zu gründen, den „AK gegen häusliche Gewalt“. Im kleineren Kreis haben wir uns zum Thema ausgetauscht und gemeinsam nach Lösungsansätzen gesucht.

Die Teilnehmer oder Vertreter waren: Polizeikontaktbeamter, Kita-Leitungen, Schulsozialarbeit, Sozialraumteam, Mitarbeiter von ASD und Schwerpunktträger der Jugendhilfe), Stadtteiltreffs. Die Sozialraumkoordination lädt ein und koordiniert die Treffen.

Ergebnisse: Raum für kollegialen Austausch zum Thema, rund ein bis zwei Mal im Jahr.

Juli 2010: Zusammenstellung und Durchführung der Fachveranstaltung „Häusliche Gewalt – Hilfeangebote und Handlungsmöglichkeiten in Bickendorf/Westend/Ossendorf“. Unterstützung der Mitarbeiter und Einrichtungen im Sozialraum. Gebündelte Information von Hilfsangeboten durch Fachdozenten in kompakter Form (3h). Somit mehr Klarheit und Sicherheit für die Akteure, dadurch verbesserte Hilfestellungen im Alltag verschiedener sozialen Einrichtungen für Frauen vor Ort möglich.

Juni 2014: Druck einer neutralen Visitenkarte zur Weitergabe an Frauen. Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, verneinen dies oftmals und nehmen (lange) keine Hilfe an. Es gibt das bundesweite Beratungstelefon „Hilfetelefon – bei Gewalt gegen Frauen“. Hier gibt es auch Visitenkarten kostenfrei zu bestellen. Dort steht jedoch „Hilfetelefon – Gewalt gegen Frauen“ drauf. Dies ist für die Frauen zu gefährlich, falls die Karte aus dem Portemonnaie fällt oder die Männer die Handtaschen der jeweiligen Frau durchsuchen. Daher Druck und Ausgabe einer neutralen Visitenkarte.

Aussicht 2017: Erneute Durchführung einer Fachveranstaltung, Schwerpunkt: Hilfsangebote und Handlungsmöglichkeiten.

Beispiel 4: Projekt „Beratung vor Ort“ 2014 (SRK Meschenich/Rondorf)

Problem: Die Schließung der Jobbörse Meschenich hat sich negativ im Sozialraumgebiet ausgewirkt. Die Jobbörse war das einzige Beratungsangebot für Arbeitssuchende im Sozialraumgebiet. Die im Sozialraum befindlichen Beratungsdienste, die schon überlastet



sind, können diese arbeitsmarktbezogene Arbeit nicht auffangen. Zudem wird der Bereich um die Ladenpassage, in der sich die Jobbörse befand, von vielen Bewohnern als „Angstraum“ wahrgenommen.

Zielgruppe: Arbeitssuchende

Maßnahmen:

- Die Sozialraumkoordination ermittelt mögliche Netzwerkpartner
- Die Sozialraumkoordination bereitet das erste Netzwerktreffen vor, moderiert und sichert die Ergebnisse
- Sozialraumkoordination bereitet gemeinsam mit den Akteuren geplante Maßnahmen vor (Konzept, Kooperationsvereinbarung, Räumlichkeiten usw.)
- Die Sozialraumkoordination koordiniert und moderiert die weiteren Netzwerkaktivitäten

Ziele:

1. Das Projekt soll an fünf halben Tagen mit einem niederschweligen Beratungsangebot bzw. Clearing im Rahmen der eigenen Fachlichkeit durchgeführt werden.
2. Eine minimale technische Ausstattung ist zu ermöglichen (Telefon, FAX, Kopierer etc.).

Ergebnisse:

- Durch die Zusammenarbeit von Politik, Jobcenter, Bürgervereinen, Bürgeramtsleiter, Sozialraumkoordination, lokalen Trägern und Bewohnerinnen und Bewohnern ist es gelungen eine Zwischenlösung mit Aussicht auf eine Rückkehr der Jobbörse zu erarbeiten. Es ist gelungen, die Räumlichkeiten der Jobbörse zu halten und mit einem niederschweligen Beratungsangebot an fünf halben Tagen in der Woche zu installieren.
- Es ist gelungen mit tatkräftiger Unterstützung des Jobcenters, der Jugendhilfe Köln e.V., der Alexianer, der Jugendpflege, des Caritasverbandes für die Stadt Köln e.V., des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V., der Rheinflanke gGmbH, beide Ziele zu erreichen.
- Darüber hinaus hat das Projekt in erheblichem Maße dazu beigetragen, die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter zu verbessern.

Beispiel 5: Drogenkonsum im öffentlichen Raum
(SRK Rondorf/Meschenich)

Problem: Der legale und illegale Drogenkonsum und der illegale Drogenhandel im öffentlichen Raum, insbesondere in einer Großwohnanlage, wird von den ortsansässigen Institutionen und den Bewohnern des Stadtteils als sehr belastend und beängstigend empfunden. Es bestehen für die potentielle Konsumenten und Konsumenten legaler und illegaler Drogen kaum (präventive) Angebote.

Die Situation im Stadtteil stellte sich wie folgt dar:

- In der Großwohnanlage wurde in einigen schlecht einsehbaren Bereichen, z.B. dicht bewachsene Grünflächen, Treppenhäuser usw., konsumiert und gedealt. Diese Bereiche wurden von den Bewohnern auch als Angsträume benannt. In einigen Wohnungen der Großwohnanlage wurde gedealt. Im Ort gab es einige Punkte an den denen konsumiert wurde.
- Im Stadtteil gab es kaum Angebote für die Konsumenten.
- Im Stadtteil gibt es ein von vielen kritisch betrachtetes Methadonprogramm.
- Im Stadtteil gab es kaum drogenpräventive Angebote.
- Im Stadtteil gab es kein Gremium, das sich mit der Problematik beschäftigte.
- Die Bewohnerinnen und Bewohner hatten keine Möglichkeit, ihre Sorgen und Nöte „öffentlich“ zu kommunizieren.

Ziele:

- Angsträume werden z.B. durch städtebauliche Maßnahmen, Polizeipräsenz, pädagogische Angebote etc., gemindert und „Raum zurückerobert“.
- Drogenhandel und Drogenkonsum, insbesondere im öffentlichen Raum, werden eingedämmt.
- Es werden adäquate Angebote für Drogenkonsumenten entwickelt und umgesetzt.
- Es werden adäquate drogenpräventive Angebote entwickelt und umgesetzt.
- Das Netzwerk ermöglicht Austausch und Information über das Thema.
- Die Bewohnerinnen und Bewohner (Schlüsselpersonen) werden beteiligt.

Maßnahmen:

- Gründung eines Netzwerks „Drogen“.
- Die Sozialraumkoordination nimmt die Haltung eines Vermittlers- und Moderators ein. Sie hält die Fäden in der Hand und fungiert als Gelenk zwischen Fachdiensten, Institutionen, Hausverwaltung, Bewohner,

- Ordnungsdiensten usw. und fördert so die Kooperation im Sozialraumgebiet.
- Die Sozialraumkoordination nimmt eine parteiliche Haltung für die Bewohnerinnen und Bewohner im Sozialraumgebiet für eine Verbesserung der Lebensbedingungen ein.
 - Die Sozialraumkoordination überprüft die Wirksamkeit der eingeleiteten Maßnahmen und Projekte
 - Darüber hinaus hat das Projekt in erheblichem Maße dazu beigetragen, die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter zu verbessern
 - Die Sozialraumkoordination ermittelt mögliche Unterstützer, Verantwortliche und betroffene Bürgerinnen und Bürger/Bewohnerinnen und Bewohner um einen Arbeitskreis zum Thema zu gründen.
 - Mit den Beteiligten wird die Situation konkretisiert und in die Arbeitspakete städtebauliche Kriminalprävention und soziale Angebote unterteilt.
 - Mit den Zuständigen der beiden Arbeitspakete werden Maßnahmen und Projekte entwickelt. Die städtebauliche Kriminalprävention setzt sich das Ziel, Angsträume und die damit subjektiv empfundene Unsicherheit zu mindern und stärkere Kontrolle zu ermöglichen.

Der Untergruppe gehören das Ordnungsamt, die Polizei, die Hausverwaltung die Zuständigen des Gesundheitsamtes, freie Träger und Bewohnerinnen und Bewohner an. Es wird verabredet: Die Beleuchtung in Teilbereichen zu verbessern, die Videoüberwachung in den Eingängen der Treppenhäuser zu verbessern, die Präsenz der Polizei und das Ordnungsamt zu verbessern, das Grün in vielen Bereichen zurück zuschneiden.

Das Arbeitspaket „Soziale Angebote“ setzt sich das Ziel zusätzliche Angebote für Konsumenten und Gefährdete zu installieren. Der Untergruppe gehören die Zuständigen des Gesundheits- und Jugendamtes, freie Träger und Bewohnerinnen und Bewohner an. Es wird verabredet, dass eine Drogenanlaufstelle mit Suchtberatung, Spritzentausch und „Kontaktbereich“ eingerichtet und ein Spritzenautomat aufgehängt wird. Federführung übernimmt das Gesundheitsamt.

- Die Ergebnisse aus den Arbeitspaketen werden in den Arbeitskreis Drogen eingebracht und auf ihre Wirksamkeit überprüft und in Teilbereichen angepasst.

Ergebnisse:

- Die Drogenanlaufstelle mit Suchtberatung, Spritzentausch und Kontaktbereich ist installiert, Bewohner/Betroffene werden eingebunden

- Aus der Bewohnerschaft kommen positive Rückmeldungen zu den umgesetzten kriminalpräventiven Maßnahmen
- Es gelingt ein präventives Angebot umzusetzen, z.B. Papillo (Multiplikatorenschulung zur Drogenprävention)
- Durch das Netzwerk ist es gelungen die Kommunikation im Sozialraum für dieses wichtige Thema herzustellen. Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils können ihre Bedenken, Sorgen und Nöte einbringen und fühlen sich ernst genommen. Institutionen, Dienste usw. können wichtige Informationen und Entwicklungen schnell kommunizieren.
- Durch die Drogenanlaufstelle ist es gelungen ein wichtiges zusätzliches Angebot zu schaffen, welches die Lebensbedingungen der schwerstabhängigen Menschen nachhaltig verbessert.
- Durch die frühe Einbindung/Beteiligung von Bewohnern (Ex-Abhängige) als Ehrenamtliche kam die Drogenanlaufstelle in sehr kurzer Zeit zu hoher Akzeptanz bei der Zielgruppe.

Beispiel 6: Zusammenleben und Zugehörigkeit (SRK Mülheim-Nord/Keupstrasse)

Problem: Auf der als türkisch wahrgenommenen Keupstraße befinden sich 109 von 110 Geschäften in türkischer Hand, die Bewohnerschaft der Straße ist jedoch äußerst heterogen. Die Hausbesitzerstruktur ist ebenfalls heterogen und umfasst unter anderem alt-eingesessene deutsche Hausbesitzer.

Bei Versammlungen der Interessengemeinschaft Keupstraße nehmen kaum andere Personen teil, es sind vorrangig die Geschäftsleute selbst, die sich treffen. Die Vereinsstruktur und -aufgaben gehen aber über eine reine Arbeit als wirtschaftlicher Interessengemeinschaft hinaus. Gesellschaftspolitische Themen, Wohnumfeld-Themen, Müll, Zuwanderung – die Straße kennt viele Herausforderungen, um die sich sowohl die IG Keupstraße wie auch andere ehrenamtlich engagierte Personen, z.B. Hausbesitzer, Anwohner, bemühen. Es herrschte praktisch keine Kommunikation zwischen den beiden Gruppen; beide arbeiteten teilweise an den gleichen Herausforderungen der Straße aneinander vorbei.

Zielgruppe: IG Keupstraße (vorrangig türkischsprachige Geschäftsleute) und deutsche Hausbesitzer.

Ziele: Die beiden Gruppen dazu zu bewegen, miteinander statt nebeneinander zu arbeiten: Vertrauensaufbau auf beiden Seiten, Schaffung von Kommunikation. Große Veranstaltungen wie das Birlikte-Fest hemmten die Kommunikation mit den Leuten der Straße eher als dass sie sie beförderten, weil viele Angelegenheiten bei Birlikte besprochen wurden und dann aufgrund mangelnder Infrastruktur und Zeit der ehrenamtlich tätigen Personen in der IG Keupstraße nicht in die Straße kommuniziert werden konnten.

Maßnahmen: Es wurde der AK „Verschönerung des Keupviertels“ gegründet, der nicht nur die Keupstraße sondern auch angrenzende Straßen einbezieht. Er wird von der Sozialraumkoordinatorin als unabhängiger Instanz moderiert.

Ergebnisse: Der AK Verschönerung tagt regelmäßig, Kommunikation hat sich verbessert, weist jedoch noch Möglichkeiten der Verbesserung auf. Vertrauensbildung ist schwierig, es gibt einzelne Aktionen der Akteure (Fastenbrechen auf der Keupstraße, Bemalen von Stromkästen) und gemeinsame Aktionen, die geplant und durchgeführt werden, z.B. die Sauberkeitsaktion „Kölle Putzmunter“, Gespräche mit der AWB zum Müllaufkommen. Hier gilt es weiter an der Sache zu arbeiten, den Arbeitskreis regelmäßig stattfinden und das Vertrauen wachsen zu lassen.

Beispiel 7: Empowerment für Frauen/Familien aus dem afrikanischen Kontinent (SRK Bocklemünd/Mengenich)

Problem: Im Jahr 2008 zogen eine große Anzahl Familien afrikanischer Herkunft nach Bocklemünd zu. Sie brachten ihre Kinder vor allem in einer Kindertagesstätte unter (Nähe zu einem großen Wohnblock). Die Zusammenarbeit mit den Eltern und damit eine gelingende Erziehung der Kinder wurde bald schwierig, da die Mitarbeiterinnen nicht über ausreichend genügend interkulturelle Kompetenz verfügten (Beispiel: Kinder aus Kenia sind besonders gut erzogen, wenn sie Erwachsenen beim Gespräch nicht in die Augen schauen.). Die Eltern wiederum verfügten ebenfalls über eine geringe interkulturelle Kompetenz; sie konnten daher das für sie Normale nicht entsprechend vermitteln.

Zielgruppe: Frauen/Familien aus dem afrikanischen Kontinent.



Maßnahmen: Um den Erziehungsprozess gelingend zu gestalten wurde eine interkulturelle Trainerin eingesetzt (kenianischer Herkunft, schon mehrere Jahre in der BRD), die sowohl mit dem Team als auch mit den Eltern gearbeitet hat und so auf beiden Seiten Verständnis und Verhaltensänderungen erreicht hat.

Ergebnisse: Die Gruppe besteht noch heute, im Zuge der Zuwanderung von Flüchtlingen am Anfang dieses Jahres, die bei vielen deutschen Eltern in der Kita auf Ängste und Ablehnung stieß, zeigte sich ihre inzwischen gewonnene Stärke; bei einem Elternabend haben einige Familien aus Afrika ihre eigene Fluchtgründe und -erfahrungen geschildert und damit zu einem größeren Verständnis und einer gestiegenen Akzeptanz für Flüchtlinge auf Seiten der deutschen Elternschaft beigetragen.

Folgerungen: Wenn wir über Sozialräume sprechen, die den „Lebenswerten Veedeln“ zugrunde liegen, dann sprechen wir auch über die unterschiedlichen sozialen Gruppen von Bewohnerinnen und Bewohnern, unterschiedlich in der Bildung, dem Einkommen, der Nationalität, der Erwerbstätigkeit. Und eben darin besteht meines Erachtens der Kern des Programms: alle sozialen Gruppen zu erreichen, vor allem die benachteiligten Gruppen. Sie sind stärker auf das Gebiet angewiesen, verbringen dort auch mehr Zeit als andere Gruppen. So benötigt die Alleinerziehende nicht nur den Kita-Platz im Gebiet, sondern möglichst auch den Arbeitsplatz, um ihren Alltag effektiv zu organisieren.

Die Maßnahmen richten sich fast immer auf spezielle Zielgruppen, mithin darauf, die Lebensbedingungen Ein-

zelter zu verbessern: mehr Chancen, weniger häusliche Gewalt, mehr Verständnis für Afrikanerinnen, Kommunikation unter Deutschen und Türken in der Keupstrasse. Aber indem sie das tun, gibt es auch eine – beabsichtigte oder unbeabsichtigte – Konsequenz: den Kontext zu verändern. Es gibt weniger negative und mehr positive Rollenmodelle. Sie verändern demnach den negativen Kontexteffekt, der für benachteiligte Gebiete kennzeichnend ist.

Es geht darum, Chancen zu eröffnen, positive Rollenmodelle zu schaffen und negative zu verringern. Jeder

- der nicht die Schule abbricht,
- der nicht sein Frau schlägt,
- der in die Sekundarstufe II wechselt,
- die kein Kind mit 16 oder 17 Jahren bekommt,
- der vor der Droge bewahrt wird oder von ihr weg kommt,
- der durch Beratung einen Job findet,

ist ein Gewinn für sich und die Gesellschaft. Die Beispiele zeigen: Es zählt jeder Einzelne.

„Lebenswerte Veedel“ heißt dann auch, zum sozialen Ausgleich, zur sozialen Gerechtigkeit beizutragen. Es ist die Anstrengung, gesellschaftliche soziale Ungleichheit von Chancen auf der räumlichen Ebene von (benachteiligten) Wohngebieten zu verringern.

Darin besteht auch die Leistung der „Lebenswerten Veedel“ für die Gesamtstadt.

Solange es gesellschaftliche Ungleichheit gibt, ist das eine Sisyphos Arbeit; sie hilft aber, dass der Stein nicht endgültig nach unten rollt.

Die soziale Kontrolle abweichenden Verhaltens wie z.B. die Kontrolle von Drogenhandel, die Verurteilung von Teenager-Schwangerschaften, Schulschwänzen oder gar vorzeitigen Schulabbruchs, die Vermüllung der Straßen, Graffiti etc., sind Sachverhalte, die – wenn sie überhaupt auftreten – dann von der überwiegenden Mehrzahl der Bewohnerinnen und Bewohnern verurteilt werden. Diese Mehrheit gilt es, zu stärken. Es geht demnach auch um die Normen im Veedel, um kollektive Wirksamkeit. Wenn Normen in sehr unterschiedlichem Maße akzeptiert werden, gibt es wenig Vertrauen und wenig soziale Kontrolle. Die Bewohnerinnen und Bewohner leben in einem unsicheren Kontext. Vermutlich hätte sich zeigen lassen, dass die stark verzögerte Modernisierung der

Blöcke (Beispiel 2) dazu beigetragen hat, die kollektive Wirksamkeit im Gebiet (weiter) zu verringern.

Was lernen wir aus diesen Beispielen? Es sind Maßnahmen, getragen von einer starken Überzeugung, der jeweiligen Zielgruppe helfen zu können. Diese kreative und oft innovative Arbeit ist meines Erachtens die treibende Kraft in dem Prozess „Lebenswerte Veedel“. Das trifft insbesondere deshalb zu, weil sie meist in Netzwerke unterschiedlicher Akteure eingebunden ist.

Und das Spezifische an dem Programm ist, dass es, wie im Grunde alle sozialen Programme, nicht aus großen und finanziell aufwändigen Maßnahmen besteht, sondern aus einer Fülle von kleineren, oft aufgrund der geringen Mittel kreativen Einzelmaßnahmen. Es ist auch kein Neubau, den man der Presse präsentieren kann, sondern nur fünf Arbeitslose, die aufgrund des Bewerbungstrainings einen Job gefunden haben.

Das Programm eröffnet Chancen, Opportunitäten, die zumindest zum Teil geeignet sind, die Handlungseinschränkungen (Restriktionen), denen benachteiligte Haushalte unterliegen, zu verringern. Es ist eine räumliche Reparatur für gesellschaftliche soziale Ungleichheit.

Doch das braucht Zeit, es ist ein langsamer Prozess. Leider fehlt es an Mitteln und an kontinuierlicher Beschäftigung von Mitarbeitern. Ich habe im Rahmen eines EU-Projekts über Maßnahmen für benachteiligte Wohngebiete in Interviews mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern immer wieder gehört: „Unsere Hilfen brauchen Zeit, aber die Verträge laufen nur für zwei Jahre“. (Ähnlich: ISSAB 2011: 52.) Meist wird dann auch das Projekt beendet. Wenn also soziale Maßnahmen länger brauchen als die Bauzeit eines gut vorzeigbaren Gebäudes, dann benötigen wir für sie einen längeren Atem, eine Verstärkung der Programme und schließlich viel mehr Geld ohne rasch sichtbare Erfolge. Haben wir das Geld?

Lassen Sie mich dazu eine vielleicht zu simple Feststellung machen: In Wolfsburg werden Milliarden versenkt und hier wird um Tausend Euro gerungen. Ist es wirklich abwegig, diese gesellschaftliche Ungleichheit anzuprangern? Die Deutsche Bank ist „systemrelevant“. Was ist dann Benachteiligung, was sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse – irrelevant? Erst relevant, wenn die AfD 20 % erhält? Wir sollten uns diese Fragen stellen. Und: Wir müssten berechnen, welche sozialen Probleme mit dem Programm verringert oder gar verhindert wurden

(Prävention) und welche sozialen und monetären Kosten der Gesellschaft damit erspart wurden.

Das hat auch mit den Veedeln zu tun, weil es um soziale Ungleichheit, ja Ungerechtigkeit, geht, die von den benachteiligten Bewohnern des Veedels wahrgenommen werden und von Sozialarbeitern aufgearbeitet werden müssen. „Lebenswerte Veedel“ heißt dann auch, zum

sozialen Ausgleich, zur sozialen Gerechtigkeit beizutragen. Es ist die Anstrengung, gesellschaftliche soziale Ungleichheit von Chancen auf der räumlichen Ebene von (benachteiligten) Wohngebieten zu verringern. Darin besteht auch die Leistung der „Lebenswerten Veedel“ für die Gesamtstadt. Solange es gesellschaftliche Ungleichheit gibt, ist das eine Sisyphos-Arbeit; sie hilft aber, dass der Stein nicht endgültig nach unten rollt.

Literatur

Blasius, Jörg, Jürgen Friedrichs und Jennifer Klöckner (2000). Leben in benachteiligten Wohngebieten. Opladen: Leske+Budrich.

Friedrichs, Jürgen, Jennifer Klöckner und Sarah und Sarah Hönerbach (2015). Soziale Stabilität von Wohngebieten – Am Beispiel von zwei Wohngebieten in Köln. Forschungsbericht für die GAG. Köln: Institut für Soziologie und Sozialpsychologie.

ISSAB (= Institut für Stadteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung der Universität Duisburg/Essen. (2011). Evaluation des Modellprojekts “Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln”. Abschlussbericht. Essen: ISSAB.

Kasarda, John und Morris Janowitz (1974). Community Attachment in Mass Society. *American Sociological Review* 39: 328–339.

Kurtenbach, Sebastian (2016). Leben in herausfordernden Wohngebieten. Wiesbaden: Springer VS. (im Druck)

Oberwittler, Dietrich (2003). Stadtstruktur, Freundeskreis und Delinquenz. Eine Mehrebenenanalyse zu sozialökologischen Effekten auf schwere Jugenddelinquenz. S. 135–170 in: Dietrich Oberwittler und Susanne Karstedt (Hg.): *Soziologie der Kriminalität*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. (Sonderheft 43 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie.)

Putnam, Robert D. (2000). *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*. London: Simon and Schuster.

Raudenbush, Stephen W. und Robert W. Sampson (1999). *Ecometrics: Toward a Science of Assessing Ecological Settings, with*

Appliance to the Systematic Social Observation of Neighborhoods. *Sociological Methodology* 29: 1–41.

Sampson, Robert J. (2012). *Great American City*. Chicago: Chicago University Press.

Sampson, Robert J., Stephen W. Raudenbush und Felton Earls (1997). *Neighborhoods and Violent Crime: A Multilevel Study of Collective Efficacy*. *Science* 277: 918–924.

Sampson, Robert J., Jeffrey D. Morenoff und Felton Earls (1999). *Beyond Social Capital: Spatial Dynamics of Collective Efficacy for Children*. *American Sociological Review* 64: 633–660.

Shaw, Clifford und Henry D. McKay. (1969). *Juvenile Delinquency and Urban Areas*. Chicago: Chicago University Press.

Taylor, Ralph B. (1996). *Neighborhood Responses to Disorder and Local Attachments: The Systemic Model of Attachment, Social Disorganization, and Neighborhood Use Value*. *Sociological Forum* 11: 41–47.

Wellman, Barry (1979). *The Community Question: The Intimate Networks of East Yonkers*. *American Journal of Sociology* 84: 1201–1231.

Wilson, William J. (1987). *The Truly Disadvantaged*. Chicago: Chicago University Press.

Woolcock, Michael und Deepa Narayan (2000). *Social Capital. Implications for Development Theory Research, and Policy*. Chicago: Chicago University Press.



Sozialraumorientierung in Berlin Mitte

Petra Patz-Drücke, Stabsstellenleiterin sozialraumorientierte Planungscoordination Berlin Mitte

Elemente einer strategischen, bedarfsorientierten, ressortübergreifenden und bürgerbeteiligten Arbeit im Stadtteil (Präsentation)



Ausgangslage

Über zehn Jahre konzeptionelle und operative Arbeit:

- 9 Gebiete der „Sozialen Stadt“/Quartiersmanagement
- Sozialraumorientierung im Jugendamt
- Konzeption Stadtteilarbeit 2004

- Initiative Aktionsraum plus als „SRO-Pilot“

Aktionsräume plus

Ausgangslage

Senatsbeschluss Land Berlin

Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung + Handbuch SRO (2008/9)

« SRO als Grundsatz der Sozialen Stadtentwicklung »

- Zielgenauer, effektiver Einsatz von Ressourcen
- Dienste/Angebote passgenauer, Qualität verbessern
- Besseres Wissen der Bedarfe und Ressourcen vorort
- Frühzeitiges Erkennen von Problemen - Prävention
- Entwicklung fachübergreifender gemeinsamer Ziele und Planungen
- Einbeziehung Bewohner_innen



3

Ausgangslage

Beschluss des Bezirksamtes Mitte

SRO Strukturelement bezirklicher Aufgabenwahrnehmung zentrales Struktur und Handlungskonzept der Verwaltung«



Zukunftsfähigkeit der Stadtteile sichern durch fachübergreifend abgestimmte Strategien und Vernetzung der Akteure aus Verwaltung und Stadtteil

4

Sozialraumorientierte Planungscoordination

Die Schwerpunkte der Aufgaben der Sozialraumorientierten Planungscoordination liegen in der Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements, der Koordination und Organisation einer ämterübergreifenden Zusammenarbeit innerhalb des Bezirksamtes, der Schaffung von Planungsgrundlagen für die und außerhalb der Verwaltung, der konzeptionellen Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung sowie der Stadtteil- und Nachbarschaftsarbeit. Die Sozialraumorientierte Planungscoordination bietet in diesem Sinne eine Plattform für den Austausch von Politik, Verwaltung und Bewohner_innen zur Gestaltung der Stadtteile, die Beförderung des Informationsflusses zwischen Stadtteil und Verwaltung und organisiert die ämterübergreifende Zusammenarbeit im Bezirksamt.

Organisator ämterübergreifender Zusammenarbeit und Partizipation

- Bezirkskoordination
- Datenkoordination
- Stadtteilkoordination

5

Bezirkskoordination

- Ämterübergreifende Zusammenarbeit -> Arbeitsgruppe Sozialraumorientierung
- Unterstützung Fachämter bei Umsetzung SRO
- Organisator Zielfindungsprozess für die Stadtteile
- Förderung bürgerschaftliches Engagement (Stiftungen)
- Partizipation (Präventionsrat Mitte)

6

Arbeitsgruppe Sozialraumorientierung

Die AG Sozialraumorientierung ist das Instrument der ämterübergreifenden Zusammenarbeit im Bezirksamt, in der Vertreter_innen aller Fachämter und die Beauftragten mitarbeiten. Sie arbeitet kontinuierlich seit 2011 und trifft sich einmal monatlich. Ihre Aufgaben sind die:

- Ressortübergreifende Information, Kooperation und Planungsabstimmung in enger Rückkopplung mit politischer und fachlicher Leitung
- Erarbeitung von Planungs- und Entscheidungsrundlagen
- Inhaltliche Vorbereitung abstimmungsreifer Bezirksamtsvorlagen im Rahmen der OE
- Mitwirkung bei der Erarbeitung der Bezirksregionenprofile
- Ressortübergreifende Information über Vorhaben und Planungen (Förderkulissen, Ressortprogramme, Fachtagungen und ausgewählte Aktivitäten der Ressorts auf Landesebene).

Die in die AG entsandten Mitarbeiter_innen repräsentieren in diesem Rahmen ihr Fachamt, haben die Aufgabe des kontinuierlichen Kommunikations- und Informationsflusses zwischen Abteilungsleitung und Fachamtsleitungsebene und den Mitgliedern der AG SRO. Nur hierdurch kann besonders die Entscheidungsvorbereitung für das BA-Kollegium qualifiziert wahrgenommen werden.

7

Arbeitsgruppe Sozialraumorientierung

Die AG SRO hat sich als zentrale Arbeitsgruppe innerhalb des Bezirksamtes, in der eine Vielzahl an bestehenden Arbeitsgruppen aufgegangen ist, etabliert und sich mit Blick auf die Aufgabenstellung und Struktur bewährt. Zunehmend werden der AG abteilungsübergreifende Aufgaben - besonders auch von Seiten des Bezirksamtskollegiums - übertragen, wie beispielsweise die fachliche Einschätzung bei der Abgabe von Liegenschaften. In diesem Sinne wird die turnusmäßige Berichterstattung aus der AG SRO im Rahmen der Bezirksamtssitzungen mit Blick auf den kontinuierlichen Informationsfluss und den engen und intensiven Austausch etabliert.

8

SRO in Fachämtern

Relevanzprüfung

Aufgaben und Strukturen Fachämter sozialräumlich ausrichten

Zielvereinbarungen

- Aussagen zu sozialräumlicher Ausrichtung sind verbindlich verankert
- Mitarbeit in AG SRO verpflichtend vorgeschrieben
- ist mit SPK abzustimmen

Beispiele

- Umwelt/Natur (Umweltgerechtigkeit)
- Finanzen (I-Planung)
- Sport (Masterplan Sportentwicklung)

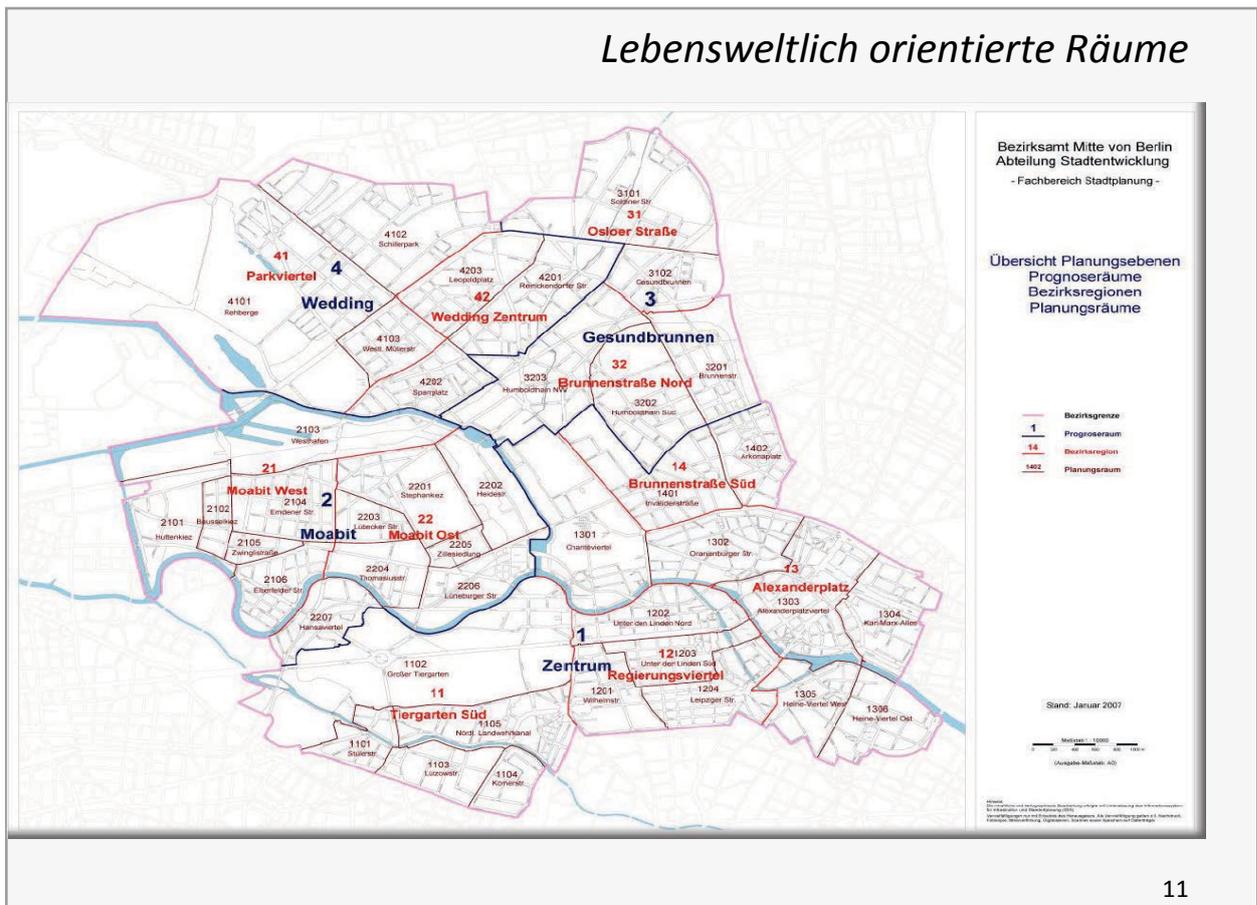
9

Datenkoordination

- Zusammenführung, Koordination gesamtbezirkliche Datenbank auf Ebene der LOR/Einheitlichen Planungsräume
- Anwendung und Pflege der Datenbank
- Datenbank = Basis BZRP und Unterstützung Fachämter bei Fachberichtswesen
- Erarbeitung Bezirksregionenprofile
- 1 Personalstelle Bezirksverwaltung



10



11

Bezirksregionenprofile

Als berlinweit erster und bislang einziger Bezirk erstellte und beschloss das Bezirksamt Mitte den **Analyseteil/Teil 1** und den **konzeptionellen Teil/Teil 2** für alle 10 Bezirksregionen des Bezirks. Die Aktualisierung bzw. Fortschreibung des Teil 1 wurde am 15.07.2014 durch das Bezirksamt beschlossen; die nächste Fortschreibung wird aktuell erarbeitet. Die Umsetzung der ämterübergreifenden Ziele wird anhand einer kontinuierlich fortgeschriebenen Übersicht der Ziele zu den jeweils bereitstehenden Fördermitteln verfolgt.

Sozialraumanalysen

- alle Daten für Bezirksregion ≈ 35.000 EW
- bietet Grundlage für Fachplanungen und innerstädtischen Vergleich
- Teil I: Analyse**
 Sozialdaten, Infrastruktur,...
- Teil II: Strategien**
 - Ziele der Fachämter, übergreifende Ziele

2

Bezirksregionenprofil Parkviertel

Ziele und Maßnahmen



Ziel: Kompensierende Angebote für die Zielgruppe der Alleinerziehenden und ihrer Kinder

Ein weiterer Ausbau flexibler Formen der Kindertagesbetreuung ist im Hinblick auf den hohen Anteil Alleinerziehender in dieser Bezirksregion besonders angezeigt, um Berufstätigkeit zu ermöglichen. Der Gefahr bzw. den Folgen von Kinderarmut soll durch niedrigschwellige Familienbildung begegnet werden. Eltern werden so in die Lage versetzt, die Bildung ihrer Kinder kompetent zu begleiten. Beispielhaft ist die Einrichtung einer „Elternakademie“, in der Eltern und Kinder gemeinsam lernen.

Als Ort für niedrigschwellige Familienangebote etabliert sich das Zukunftshaus des Paul Gerhardt Stifts. Dessen zentrale Rolle als Knotenpunkt in der Bezirksregion unterstützt und begleitet der Bezirk durch eine enge Kooperation.

KITA (ohne EKT)	Kultureinrichtung
Jugendfreizeiteinrichtung	Gesundheitseinrichtung
Elterninitiativ-KITA	Soziale Einrichtung
Schule	Dienstgebäude
Sonderschule	Sportanlage
sonstige schulische Einrichtung	Bad
Privatschule	Spielplatz
Berufliche Schule	Grünfläche
Weiterbildungseinrichtung	



Projekt „Eltern in die Küche“, Elternakademie

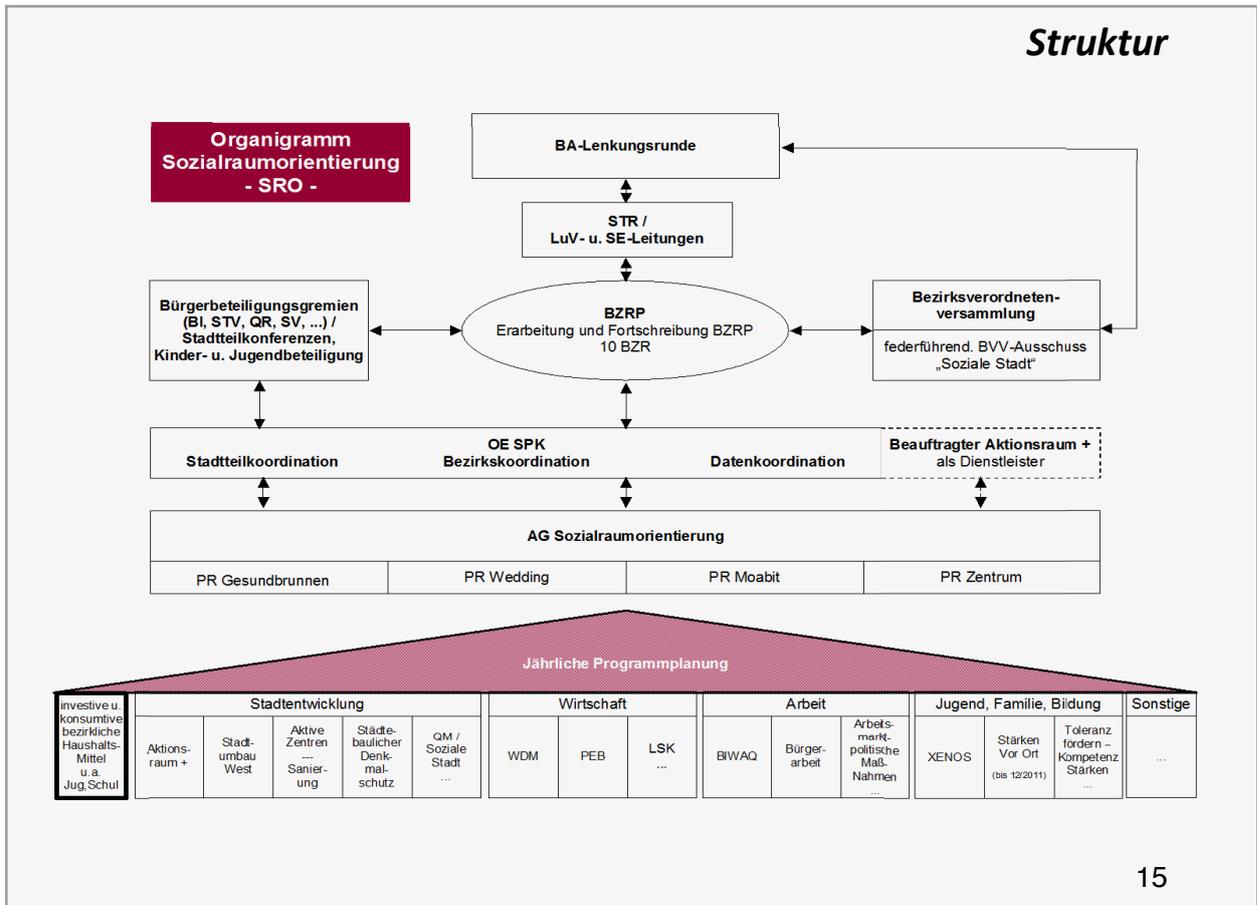
13

Bezirksregionenprofile

FAZIT

Die Bezirksregionenprofile haben sich besonders als Planungsgrundlage für die Fachämter, aber auch für die lokalen Akteure in den Stadtteilen als sehr hilfreiches Instrument etabliert. In diesem Sinne wird die regelmäßige Fortschreibung bzw. Aktualisierung der Bezirksregionenprofile Teil 1 im Rahmen dieses Beschlusses verankert. Daneben sind die Fachämter gehalten, im Rahmen ihrer Fachlichkeit die Umsetzung der durch das Bezirksamt beschlossenen ämterübergreifenden Zielen in den konzeptionellen Teilen der 10 BZRP zu verfolgen.

14



Stadtteilarbeit

« Integrierte Stadtteilentwicklung ist zentrale Aufgabe der Stadtteilzentren «

- Enge Zusammenarbeit SPK mit Stadtteilzentren und Nachbarschaftseinrichtungen
- AK Stadtteilarbeit

6

Stadtteilkoordination

Weiterentwicklung Stadtteilzentren zu Stadtteilkoordination

- STZ übernehmen Stadtteilkoordination
- Wissens- und Informationstransfer zwischen Stadtteil und Verwaltung
- Beschaffung von Informationen über Entwicklungen, Bedarfe, Problemlagen und Ressourcen der einzelnen Stadtteile
- Verbesserung Kommunikation und Vernetzung im Stadtteil
- Aufbau/Stärkung der lokalen Kooperationsstrukturen



7

Stadtteilkoordination

Neben der Einrichtung der OE SPK, der ämterübergreifenden Arbeitsgruppe Sozialraumorientierung sowie der Bezirks- und Datenkoordination ist die Stadtteilkoordination einer der vier Hauptpfeiler sozialraumorientierten Handelns im Bezirk. Im Berliner „Handbuch zur Sozialraumorientierung“ wird die Einrichtung einer Stadtteilkoordination mit der Anbindung an „bereits ähnliche Koordinations- und Vernetzungsaufgaben wahrnehmende Strukturen“ empfohlen. Der Bezirk Mitte hat die Zusammenarbeit mit den Stadtteilzentren gewählt, die im Gegensatz zu Koordinierungstätigkeiten in temporären Förderkulissen als dauerhafte Einrichtungen im Stadtteil angelegt sind. Für die Aufgabenübernahme der Stadtteilkoordination durch ein Stadtteilzentrum bzw. eine Nachbarschaftseinrichtung bestehen im Bezirk Mitte hervorragende Strukturen: die Nachbarschaftsetage Fabrik Osloer Str. im Prognoseraum (PR) Gesundbrunnen, dem Stadtschloss Moabit im PR Moabit, dem Paul Gerhardt Stift im PR Wedding und dem Kreativhaus im PR Zentrum. Nach der Durchführung eines Modellprojektes zur Intermediären Stadtteilkoordination im Jahr 2013 über die Mittel der Initiative Aktionsraum plus in den PR Gesundbrunnen und Moabit und erweitert in 2015 um den Prognoseraum Wedding über den Netzwerkfonds, wird die Stadtteilkoordination ab dem Jahr 2016 aus dem **Bezirkshaushalt** finanziert.

18

Stadtteilkoordination

FAZIT

Das Bezirksamt wie auch die Bezirksverordnetenversammlung sehen die Stadtteilkoordination als ein zentrales Instrument der integrierten Stadtteilentwicklung und haben dies durch dessen bezirkliche Förderung im Rahmen des Haushalts 2016/17 klar zum Ausdruck gebracht. Neben der Einrichtung der OE SPK, der AG Sozialraumorientierung, der Bezirkskoordination mit Schwerpunkt ämterübergreifender Zusammenarbeit und der Datenkoordination, sind nunmehr mit der Etablierung der Stadtteilkoordination im gesamten Bezirk Mitte alle Bausteine zur Umsetzung der Sozialraumorientierung im Bezirk verankert.

Die Stadtteilkoordination ist künftig verstärkt als Arbeits- und Unterstützungsinstrument durch die Fachämter zu nutzen und bietet auch der Bezirkspolitik als Verbindungsglied in die Stadtteile vielfältige Möglichkeiten der Vermittlung bezirkspolitischer Inhalte in die Stadtteile und Informationserhalt aus den Stadtteilen. Die Umsetzung und konzeptionelle Weiterentwicklung der Stadtteilkoordination wird als gemeinschaftliche Aufgabe von Bezirksverwaltung und Bezirkspolitik begriffen.

19

Stadtteilkasse

Angebunden an die Stadtteilkoordination ist die Stadtteilkasse als eine Form des „Sozialraumbudgets“ ein Verfügungsfonds für kleinere Aktivitäten in der Nachbarschaft in jedem der 10 Bezirksregionen.

- Budget für jede der 10 Stadtteile in Mitte
- Stadtteilkoordination ist Geschäftsstelle
- Vergabe durch Jury im Gebiet
- fördert Aktivierung und Beteiligung Bewohnerschaft
- stärkt die nachbarschaftlichen Kontakte



20

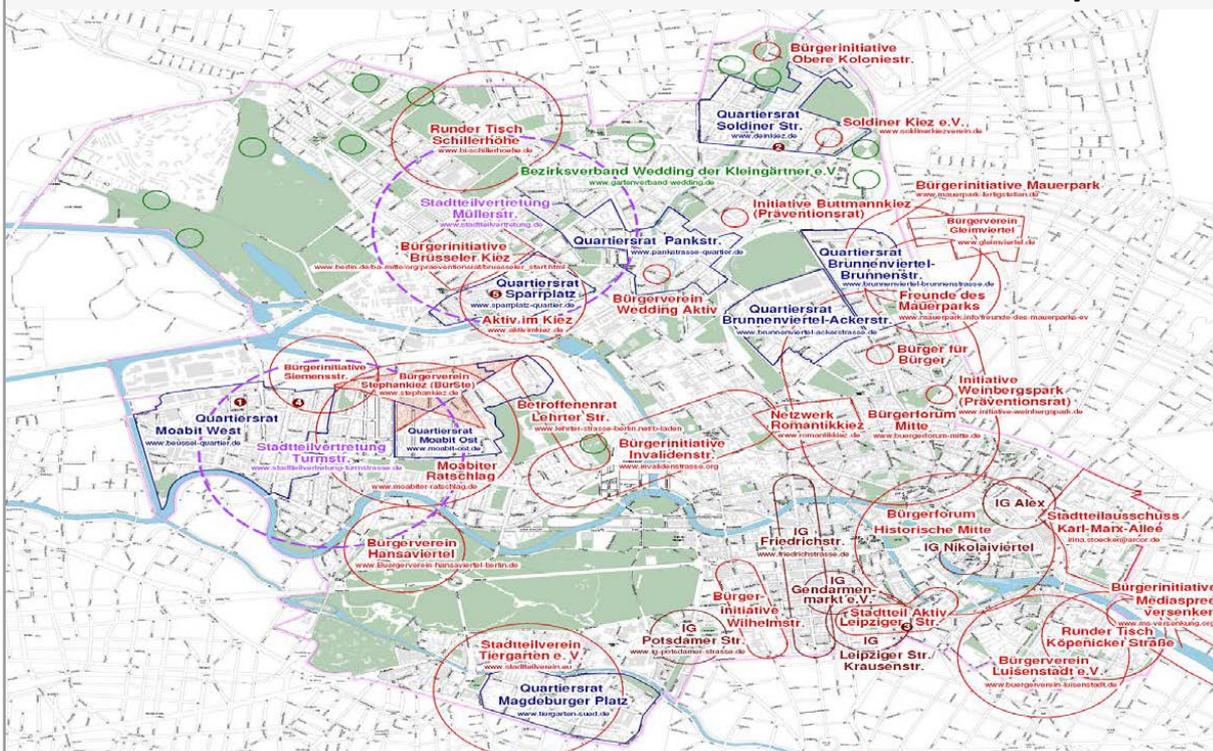
Partizipation

- Durchführung von Formaten der Bürgerbeteiligung (Stadtteilkonferenzen, Bezirksforen,...)
- Unterstützung von „Sprachrohr“gremien (Runde Tische,...)
- Webbasierte Bürgerbeteiligung
- Entwicklung von Leitlinien guter Bürgerbeteiligung



21

Partizipation



22

Umsetzung

Bericht Umsetzung SRO

- Sozialräumliche Ausrichtung Fachämter
- Tätigkeit AG SRO

Schwierigkeiten

- Fehlende personelle und finanzielle Ressourcen (weitere Standorte Bürgeramt)
- „Technische“ Bezeichnungen
- Begriff SRO erklärungsbedürftig
- Qualifizierung in Zeiten knapper Ressourcen
- Erneuter Reformprozess

23



**SRO in Berlin-Mitte – ein Erfolgsmodell für die
Zukunft !?**

24

Sozialraumorientierung als Aufgabe für Alle?

Daniela von Palubicki, Monika Reisinger,
Andreas Hildebrand, Andreas Hansmann

„Mehr als die Hälfte der Menschheit wohnt inzwischen in Städten. Es ist daher keine Übertreibung zu behaupten, dass die Geschichte der Menschheit maßgeblich durch die Qualität unserer Städte und ihrer Netzwerke bestimmt werden.“

(aus: Wurzeln für die lebende Stadt,
Harris C. M. Tiddens, 2014)

Vision 2026 – Marktplatz

Ich nehme Sie jetzt mit auf eine Zeitreise ins Jahr 2026. Wir befinden uns auf dem gerade neu gestalteten Marktplatz im fiktiven Stadtteil Mitte-Ost. Bis vor kurzem war es hier echt dreckig, schmutzelig und wer konnte, mied diesen Ort. Kinder durften hier nicht spielen, das war viel zu gefährlich, überall lag zersplittertes Glas und nicht selten gebrauchte Spritzen.

Jetzt sieht es ganz anders aus. Für die Marktbesucher bspw. gibt es am Rand eine Müllpresse, die ist aber so gut eingebaut, dass man sie nicht wirklich wahrnimmt. An einem Hochbeet pflanzen gerade ein paar Kinder aus der Kita Kinderland neue Blumen, die das Grünflächenamt heute Morgen vorbei gebracht hat. Dabei werden sie von Herrn Schmitz, einem Bewohner aus den Seniorenwohnungen, die direkt nebenan sind, tatkräftig unterstützt.

Aber was macht den Platz denn eigentlich so anziehend?
– Es ist genau der richtige Platz am richtigen Ort. Er entspricht genau dem, was hier, an dieser Stelle gebraucht wird. In einem anderen Stadtteil, in Vingst oder in Ehrenfeld, wäre er vielleicht ganz falsch, aber hier, ist er genau richtig.

Aber wie kam es dazu? Seit nunmehr zwei Jahrzehnten gibt es das Programm „Lebenswerte Veedel“. In den ersten Jahren wurden Bedingungen geschaffen, die es den Menschen im Viertel nun möglich machen, ihre Anliegen und Bedürfnisse zu formulieren. Menschen, Ideen und Ressourcen können so strukturiert zusammengeführt werden, also das Sozialkapital eines Quartiers. Nachdem



die Politik dann beschlossen hatte, den Platz neu zu gestalten, konnte durch die vorhandenen Strukturen eine breite Beteiligung der Menschen vor Ort stattfinden. Das ging nicht von heute auf morgen, denn es gab eine Vielzahl von Interessen, die berücksichtigt werden wollten.

In Mitte-Ost haben wir uns dafür zwei Jahre Zeit genommen. Vor allem aber gab es eine Menge pfiffiger Ideen, auf die sonst kein Mensch gekommen wäre. Das wichtigste aber ist, dass es nun regelmäßige Nutzerkonferenzen gibt, damit der Platz auch so erhalten bleibt und seine Aufgabe als neue Mitte von Mitte-Ost auch noch lange erfüllen kann und damit ggf., wenn sich Rahmenbedingungen ändern, auch nachgesteuert werden kann.

Praxis vor Ort

„Die Frage ist nicht, ob Menschen kooperieren wollen, sondern wie ihnen geholfen werden kann, das zu tun.“

(aus: Governing the Commons, Elinor Ostrom, 2011)

Gibt es dafür auch ein praktisches Beispiel. Klappt so ein Vorhaben in der Realität?

Doch, das gibt es schon, sehen wir doch mal nach Chorweiler.

Unwirtlich, beschmiert, verdreckt: Die S-Bahnstation in Chorweiler Nord ängstigte Fahrgäste und Anwohner.

Bereits im Jahr 1996 wurden erste Planungen zur Veränderung der Station vorgestellt. Im Jahr 2004 hat sich eine Bürgerinitiative gegründet mit dem Ziel, die Situation zu verbessern, doch die Verhandlungen mit der Bahn AG waren sehr zäh.

Der Sozialraumkoordinator brachte die Bürgerinitiative mit der Stadtteilkonferenz zusammen, ganz nach dem Motto Menschen Ideen und Möglichkeiten zusammenbringen. Das Anliegen der BI wurde nun von einem größeren Kreis verfolgt.

Verschiedenste Gruppen, Jugendzentrumsbesucher, Kindergärten, Schulklassen, Bewohnern eines Altenzentrums und eines Wohnheims der Behindertenhilfe sowie Teilnehmer eines Grundbildungskurses der Uni Siegen und einer Gruppe junger Erwachsener haben daraufhin ein Konzept für die Gestaltung der Haltestelle entwickelt. Dabei wurden Sie von Künstlern der Initiative chorweilerArt und einem Graffiti-Künstler unterstützt. Dieses Konzept wurde dann der Bahn-AG vorgestellt und schließlich umgesetzt.

Es entstanden 16 Tafeln, die die Haltestelle nun verschönern, dazu gab es noch Umbauten der Bahn AG, die ebenfalls die Aufenthaltsqualität verbessern.

Am 15.07.2011 wurde die gestaltete Haltestelle der Öffentlichkeit präsentiert, alle Mitwirkenden sollten an diesem Termin teilnehmen. Allerdings konnte eine Forderung der Bürger nicht durchgesetzt werden. Die Haltestelle verfügt nur über aufwärts fahrende Rolltreppen, nicht über einen Aufzug. Die Bewohner des Altenheimes, die einige der 16 Tafeln gestaltet haben saßen größtenteils im Rollstuhl oder waren auf einen Rollator

angewiesen, so konnten sie an den Feierlichkeiten nicht teilnehmen.

Alle Mitwirkenden fühlen sich verantwortlich für diesen Ort, der früher oft zerstört wurde. Da auch die Gruppen mit einbezogen wurden, die man anfänglich als Teil des Problems und nicht als Teil der Lösung betrachtet hat, konnte eine nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation der Anwohner und Nutzer erreicht werden. Die Haltestelle sieht fast noch so schön aus wie vor fünf Jahren.

Vom ersten Beschluss bis zur Einweihung der Haltestelle vergingen 15 Jahre. Dieser lange Zeitraum macht deutlich, dass engagierte Bürgerinnen und Bürger Unterstützung dabei brauchen, sich dauerhaft aktiv zu beteiligen. Elinor Ostrom, Wirtschaftsnobelpreisträgerin, machte in ihrer Forschung solche Beteiligungsformen zum Thema. Ihre These lautet:

„Die Frage ist nicht, ob Menschen kooperieren wollen, sondern wie ihnen geholfen werden kann, das zu tun.“

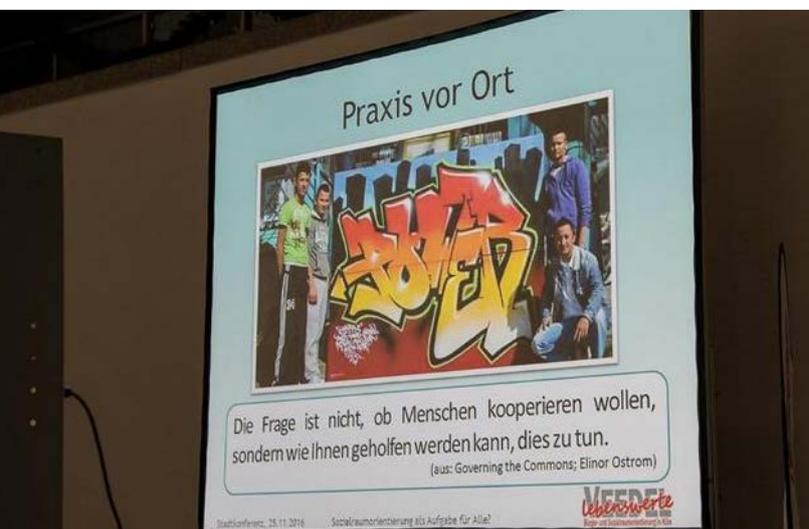
Praxisinstrumente der Zusammenarbeit

„Selbsteinschätzung kann und sollte gute Absichten und Fachwissen in effektives Handeln verwandeln.“

(aus: Die 5 entscheidenden Fragen des Managements, Peter F. Drucker)

Sozialraumorientierung ist nicht nur ein Thema vor Ort, sondern eine Aufgabe für Alle. Welche Voraussetzungen sind notwendig, damit Sozialraumkoordinatorinnen und Sozialraumkoordinatoren, Akteure vor Ort, die Verwaltung und die Politik zusammenarbeiten?

Nun ja, ganz so einfach ist das nicht. Zunächst einmal stehen die Menschen in den Stadtteilen im Mittelpunkt dieser Überlegungen – schließlich arbeiten wir alle gemeinsam daran, alle Kölner Veedel lebenswert zu erhalten, mit all ihren Besonderheiten, besonderen Herausforderungen und Chancen. Einige brauchen dabei mehr Unterstützung als andere, dabei hat jeder Stadtteil seine Funktion im Zusammenspiel der Gesamtstadt. Es gibt lokale Herausforderungen unterschiedlicher Art, aber es gibt auch Herausforderungen, die uns alle gleichermaßen betreffen – daher ist der Blick aus drei verschiedenen Perspektiven für diese gemeinsame Aufgabe der Sozialraumorientierung notwendig.



Es gibt ein dreigeteiltes Zielvereinbarungssystem, das genau die unterschiedlichen Anforderungen an einzelne Stadtteile, die Weiterentwicklung für das Gesamtkonzept sowie der Stadtteile in ihrer Funktion in der Gesamtstadt berücksichtigt.

In einem gemeinsamen Prozess wird eine gesamtstädtische Bedarfslage ausgewählt, zu der ein Leitziel für alle Sozialraumgebiete festgelegt, für ein oder mehrere Jahre. Dieses Ziel wird anschließend gemeinsam von zuständigen städtischen Ämtern und Sozialraumkoordination vor Ort, mit Unterstützung der lokalen Akteure sowie der Politik bearbeitet. Je nach sozialräumlichen Gegebenheiten kann die Schwerpunktsetzung unterschiedlich ausfallen. Sowohl die Einbindung der relevanten Ämter, sowie ein regelmäßiger Austausch zu den Anstrengungen der Einzelnen sind notwendige Gelingenskriterien.

In der Zielfindung aller SRK wird eine Weiterentwicklung des Konzeptes fokussiert und wie beispielsweise in der 2013 veranstalteten Fachtagung mit der FH Köln und FH Düsseldorf der Dialog und Diskurs zur konstruktiven Weiterentwicklung des Konzeptes gesucht.

Im „sozialräumlichen“ Ziel wird eine besondere Bedarfslage im einzelnen Stadtteil hervorgehoben. Dies ermöglicht eine Aufmerksamkeit für drängende Herausforderungen, die angepackt werden müssen und für die es nur mit gemeinsamer Anstrengung gelingen kann, Lösungen zu finden. In diesen Zielen zeigt sich auch, wie facettenreich unsere Stadt ist.

Die beiderseitige Verpflichtung ist eine Herausforderung, der wir uns gemeinsam stellen müssen. Sie ist als Grundlage der Selbstverpflichtung ein sinnvolles Instrument, sowie zur Gestaltung der Zusammenarbeit und als Steuerungsinstrument wichtig. Die verbindliche Bearbeitung der Ziele führt Fachwissen aus mehreren Perspektiven zusammen und ist wichtiges Instrument zur Einschätzung der gesamtstädtischen Entwicklungspotentiale.

Mit dem Ökonomen Peter F. Drucker gesprochen:
„Selbsteinschätzung kann und sollte gute Absichten und Fachwissen in effektives Handeln verwandeln.“ Und wenn ich noch hinzufügen darf: zum Wohle der Stadtgesellschaft.

Praxis Verwaltung

„Um Nachhaltigkeit zu erreichen, müssen wir unseren Stadtteilen echte Verantwortung übergeben. Das ist wichtig, weil ein Stadtteil die kleinste urbane Einheit ist [...].“

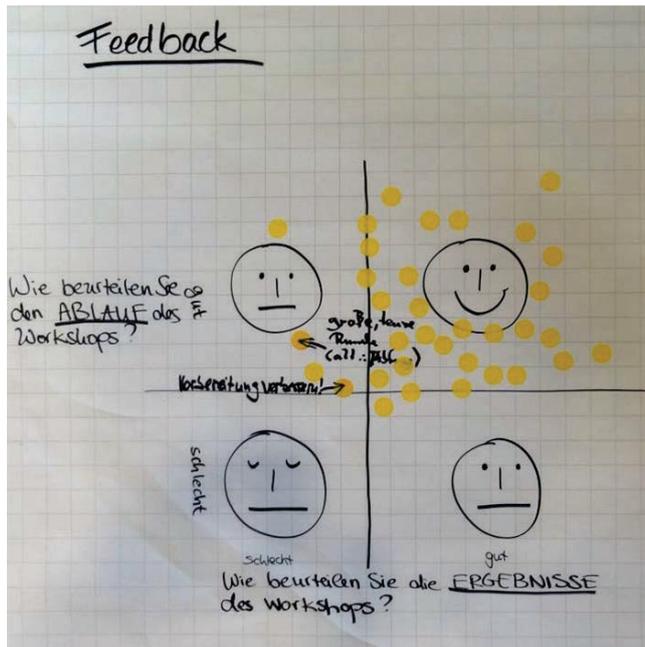
(aus: Wurzeln für die lebende Stadt,
Harris C. M. Tiddens)

Klappt dieses immer ganz reibungslos?

Seit Start des Programm Lebenswerte Veedel ist es das Bestreben, dass nicht nur vor Ort in den Stadtteilen, sondern auch in der städtischen Verwaltung mit ihren Fachämtern eine sozialraumorientierte Arbeitsweise aufgebaut und im Verwaltungsalltag implementiert wird. Die Jugendverwaltung hatte sich bereits sozialräumlich aufgestellt. Dass aber eine gesamte Stadtverwaltung ihre tradierte fachressortorientierte Arbeitsweise verändert und alle Aufgaben aus Sicht der Stadtteile als klein(st)en urbanen Einheiten bewertet und agiert, ist dabei ein ambitioniertes Ziel. Vor allem wenn „Sozialraumorientierung“ nicht nur auf die Bereiche der Sozialen Arbeit beschränkt wird, sondern für alle Bereiche städtischer Aufgaben angewendet wird.

In den vergangenen Jahren sticht aber ein Beispiel hervor, das ich gerne heranziehen möchte: Die Erstellung des Integrierten Handlungskonzept „Starke Veedel – Starkes Köln“. Wir alle haben miterlebt, welche Widrigkeiten und Zwänge das Konzept aushalten mussten. Die ersten Gebiete gehen nun an den Start der Umsetzung. Auch in den nächsten Jahren wird den Beteiligten noch viel abverlangt. Wenn auch an dem bisherigen Prozess einiges optimiert werden kann, stellt aber gerade die Startphase ein gutes Beispiel für eine sozialraumorientierte Herangehensweise der Verwaltung dar.

Von Beginn an wurde das Programm „Lebenswerte Veedel“ strukturell eingebunden. So wurden Steckbriefe über die einzelnen Veedel vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik vorbereitet und auf Grundlage der Erfahrungen vor Ort mit den Sozialraumkoordinator*innen ergänzt und bewertet. Bei einem ersten Workshop wurden die einzelnen Bedarfe und Handlungsansätze ämterübergreifend zusammen mit den Sozialraumkoordinatorinnen und Sozialraumkoordinatoren besprochen und priorisiert. Das Feedback zur Zufriedenheit mit dem Ablauf und mit den Ergebnissen dieses Workshop-Tages



zeigt eine durchgängig positive Rückmeldung – nicht nur der Ergebnisse, sondern auch der Herangehensweise.

Nun werden vielleicht einige sagen, dass diese Arbeitsweise eine Voraussetzung zur Erstellung des Konzeptes und zur Umsetzung der Maßnahmen ist. Ohne diese quartiersorientierte Arbeitsweise wäre eine Bewerbung aussichtslos geblieben.

Daher ist es aus unserer Sicht wünschenswert, wenn „Sozialraumorientierung“ nicht nur bei externen Vorgaben zur Aufgabe oder Pflichtaufgabe wird, sondern auch stadtintern aktiv entsprechende Vorgaben für die Regelarbeit entwickelt und angewendet werden.

Ausblick

„Diese Übergangsräume – die Ankunftsstädte – sind die Orte, an denen sich der nächste große Wirtschafts- und Kulturboom oder die nächste große Explosion der Gewalt ereignen wird. Was sich letztendlich durchsetzt, hängt von unserer Fähigkeit, solche Entwicklungen wahr zu nehmen und von unserer Bereitschaft zum Engagement ab.“

(aus: ArrivalCities, Doug Saunders)

Was braucht es, damit die Vision Wirklichkeit werden kann?

Wie wir gesehen haben, gibt es bereits gute Ansätze. Sozialraumorientierung bedeutet einen Wechsel in der Herangehensweise zur Verbesserung der Lebensbedingungen in unserer Stadt. Das Programm „Lebenswerte Veedel“ ist ausdrücklich als lernendes Konzept angelegt. Wir dürfen uns also für mindestens die nächsten zehn Jahre wünschen: Nicht stehen zu bleiben, sich weiter zu entwickeln und die Potentiale des Konzeptes voll auszuschöpfen.

Die Stadtteile müssen entsprechend ihrer jeweiligen Bedarfe ausgestattet und mit ihrem eigenen Sozialkapital ernst genommen werden. Gemeinsam mit Verwaltung, Politik und der freien Wohlfahrtspflege sind die vorhandenen Instrumente der Zusammenarbeit zu stärken und auszubauen.

Schon 2012 wurde das Projekt „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“ mit dem Preis Soziale Stadt ausgezeichnet. In der Laudatio heißt es:

„Dass die soziale Arbeit [...] vor Ort stattfindet, dass sie nach Ressourcen der Menschen in den Quartieren sucht ist mittlerweile Standard. Dass aber eine ganze Stadt sich strukturell neu orientiert, dass die ganze Sozial-, Schul- und Sportverwaltung den Sozialraum als angemessenen Handlungsrahmen für ihre Arbeit ansieht, ist noch selten. Dass auch die großen Träger der Wohlfahrtsverbände ein Bündnis mit der Stadt zur Sozialraumorientierung eingehen ist preiswürdig.“

(aus: Dokumentation Preis Soziale Stadt 2012)



10 Jahre Lebenswerte Veedel – Rückblick und Ausblick

Gesprächsrunde mit Vertretern des Steuerungsgremiums:

- Dr. Ralf Heinen, Bürgermeister der Stadt Köln (SPD)
- Kirsten Jahn, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Jörg Detjen, Vorsitzender der Fraktion Die Linke.Köln
- Ulrich Bergmann, AG der Kölner Wohlfahrtsverbände
- Bettina Scheunemann, Leiterin Bürgeramt Ehrenfeld, Geschäftsstelle Lebenswerte Veedel

Moderation: Anke Bruns

Anke Bruns: Wenn man die letzten zehn Jahre auf das Programm zurückblickt. Was lief gut?

Kirsten Jahn: Gut lief, dass wir den Mut nie aufgegeben haben, dass das Projekt auch weiterhin lebensfähig bleibt. Das Projekt hatte viele Höhen und Tiefen, jeder war mit Lippenbekenntnissen dabei, dass sozialraumorientierte Arbeit wichtig und gut ist. Wenn es aber um die harten Fakten ging, nämlich Geld und Personal zur Verfügung zu stellen, dann gab es Durststrecken. Bis wir es endlich mal geschafft haben das Projekt zu verstetigen. Herzlichen Dank an die Sozialraumkoordinatoren, die das auch mitgemacht haben. Immerhin sahen diese ihre Stellen auch immer wieder mal vor der Streichung,

Budgets wurden gestrichen. Trotzdem gab es den Mut es immer weiter laufen zu lassen.

Dank also an diese Menschen, die damit auch eine große Aufgabe hatten, die Idee, benachteiligte Gebiete an das Mittelmaß der Stadt zu bringen.

Anke Bruns: Herr Bergmann, was hat es denn konkret gebracht in den letzten zehn Jahren ?

Ulrich Bergmann: Es gab in diesen zehn Jahren eine intensive Debatte darüber, was Sozialraumorientierung eigentlich ist. Diese Debatte muss auch zukünftig weiter gehen. Damit sind bestimmte planerische und fachliche Ansprüche verbunden, die es immer wieder neu zu definieren gilt. Wir sind aber schon deutlich weiter als am Anfang. Wir haben vorhin gehört „wichtig ist aufm Platz“ und das trifft es in der Tat.

Gebracht hat es natürlich konkrete Ergebnisse vor Ort in den Sozialraumgebieten. Im Vordergrund steht da vor allem der Anspruch Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, zu sehen, dass sie Experten in ihrem Gebiet sind und dass die Menschen, die in diesen Gebieten arbeiten Expertise haben. Deren Wissen und Bedürfnisse müssen Teil von Planung werden. Die Menschen müssen erleben, dass sich dies auch umsetzt, in dem sich ein Raum verän-



dert und sie selbst etwas bewegen können. Das dies mit den Gesamtplanungsprozessen der Verwaltungs- und Politikstrukturen korrespondiert, da gibt es noch Handlungsbedarf.

Anke Bruns: Herr Heinen, was hat es aus Ihrer Sicht gebracht?

Dr. Ralf Heinen: Das Programm hat Strukturen geschaffen. Die Kompetenz vor Ort ist unwahrscheinlich hoch. Trotz dieser Kompetenz gibt es aber auch noch Luft nach oben, z.B. in der gesamtstädtischen Umsetzung. Es ist vor allem die Stadtverwaltung, die hinterher eine Rolle spielt, die nachher auch gestaltet. Hierbei liegt der Fokus heutzutage insbesondere bei Stadtplanung und Stadt-raumgestaltung. Insofern muss dies auch Chefaufgabe auf Dezernatsebene sein, vor allem wenn es ämterübergreifend sein soll. Wir haben unterschiedliche Sozialräume, davon abgesehen, das ganz Köln eine Vielzahl von Sozialräumen hat.

Anke Bruns: Herr Detjen, gibt es rückblickend etwas das noch nicht gesagt worden ist?

Jörg Detjen: In den letzten zwei Jahren ist ein wenig Ruhe eingekehrt, so dass die Sozialraumkoordinatorinnen und Sozialraumkoordinatoren gut arbeiten konnten. Man braucht Ruhe und Gelassenheit, damit man auch die Probleme, die sich entwickeln erkennen und bearbeiten kann. Interessant ist dabei auch die Frage, welche Bündnispartner man sich sucht, insbesondere weil sich das Programm nicht nur mit dem sozialen sondern auch mit dem öffentlichen Raum beschäftigt und beides unmittelbar miteinander zusammen hängt.

Anke Bruns: Frau Scheunemann, es gibt konkrete sichtbare Ergebnisse in den Sozialräumen, aber inwieweit hat dies auch die Arbeit in der Verwaltung beeinflusst?

Bettina Scheunemann: Durch die Vernetzungsarbeit in den Sozialräumen ist ein hoher Vernetzungsgrad entstanden, der dazu geführt hat, dass man sehr flexibel auf bestimmte Problemlagen reagieren kann. Ein gutes Beispiel ist da die Zuwanderung im letzten Jahr. Es war unglaublich, was die Verwaltung leisten musste, um die Menschen vernünftig unterzubringen. Es ist deshalb gut gegangen, weil es Vernetzungen vor Ort gegeben hat, die aktiviert werden konnten, bei denen sich Leute gekümmert und mitverantwortlich gefühlt haben. Das ist eins der Beispiele, das mich sehr beeindruckt hat.



Anke Bruns: Nämlich, dass es Strukturen gibt auf die Sie zurückgreifen können?

Bettina Scheunemann: Richtig und das ist eben genau das, was wir brauchen, weil Verwaltung oftmals viel zu starr ist, um flexibel auf bestimmte Situationen reagieren zu können. Deshalb ist die Verwaltung auch auf solche Strukturen angewiesen. Das ist nicht immer jedem so bewusst, aber die Kolleginnen und Kollegen, die da sehr nah dran sind (z.B. aus der Jugend- und Sozialverwaltung), die wissen das sehr genau.

Anke Bruns: Wir fassen also zusammen, Sozialraumorientierung ist gut und hat schon vieles bewirkt, aber wenn man jetzt nach vorne schaut, dann sollen sich ein paar Dinge verändern und entwickeln?

Ulrich Bergmann: Hinsichtlich der Anbindung des Programms an die Bürgerämter waren wir als Wohlfahrtsverbände zunächst skeptisch ob das die richtige Struktur ist. Ich bekomme aber nun viele Rückmeldungen, dass diese Anbindung durchaus viel Positives bewirkt hat. Es bleibt gleichwohl die Herausforderung, dass die gesamtstädtischen Prozesse mit dem Sozialraumansatz korrespondieren. Diese Strukturen zu entwickeln ist anspruchsvoll.

Anke Bruns: Heißt das, wieder weg von den Bürgerämtern?

Ulrich Bergmann: Nein, wir brauchen dafür korrespondierende Ebenen. Eher keine Parallelstruktur wie die Ämterlotsen, die es schon mal gab. Wir als Wohlfahrtsverbände meinen, dass es klar sein muss, dass es sich um eine Linienaufgabe handelt, die sich durch alle Ämter

zieht. Also müssen die Dezernentin oder der Dezernent und die Amtsleitung verantwortlich sein, dass sozialraumorientiertes Handeln in ihrem Bereich durchdekliniert wird.

Jörg Detjen: Mich hat das Buch Arrival City stark beeindruckt, wo drin steht, dass ganze Stadtteile Ankunftsorte sind, wo die Menschen hinziehen. Hier muss man das Know-how entdecken, das die Menschen mitbringen und einbringen können. Beim Stadtteil Meschenich denkt jeder an Kriminalität, wir müssen aber genau hinsehen, was gibt es dort für Kräfte, was entwickeln die. Das schauen wir uns bisher gar nicht an. Ich halte dies für einen wichtigen Punkt, um die Veränderungen der Stadtgesellschaft zu erkennen. Wir reden immer nur von demographischen Wandel, aber Köln ist eine Metropole, hier ziehen Leute einfach hin. Damit müssen wir umgehen, in der Denke von Politik und Verwaltung ist das bisher nicht vorhanden. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir solche Leute einbeziehen können.

Kirsten Jahn: Hier geht es ja speziell um Gebiete, die eine Hafenfunktion haben. Prof. Friedrich fragt in seinem Vortrag, ob solche Stadtteile systemrelevant sind. Ich glaube ja, weil diese Stadtteile für die Gesamtstadt wichtige Aufgaben übernehmen, die andere Stadtteile eben nicht in dieser Heftigkeit übernehmen müssen, z.B. das Thema Integration von ankommenden Menschen. Deshalb haben diese Stadtteile eine besondere Funktion und müssen entsprechend gefördert und unterstützt werden. Die Verwaltung muss daher lernen, sozialräumlicher zu denken und zwar querbeet, dies ist nicht nur Aufgabe von Soziales, Jugend und Stadtplanung. Vielmehr muss ressortübergreifend und interdisziplinär gehandelt werden. Dies ist dann auch die große Aufgabe einer modernen Verwaltungsreform, die 11 Sozialräume sind hierfür Modelle für die Gesamtstadt.

Anke Bruns: Frau Scheunemann, Sie nicken die ganze Zeit. Wie denn?

Bettina Scheunemann: Frau Oberbürgermeisterin Reker hat ja den Reformprozess der Verwaltung angestoßen. Der Wandel zur sozialraumorientierten Verwaltung muss in diesen Reformprozess eingespielt werden und die Sozialraumorientierung der Verwaltung muss sich zu einem Selbstverständnis entwickeln. Dies ist ja nun eine Riesenchance, wenn man das im Reformprozess mit einbringt. Damit verbunden ist die Strategiedebatte,

auch dort gehört dies mit rein. Insbesondere, wenn der neue Stadtdirektor im Amt ist, werde ich dies nochmals vorbringen. Natürlich müssen auch Politik und Stadtgesellschaft dieses Thema am Brennen halten. Allerdings erfordert das Thema ein Umdenken und eine ganz andere Herangehensweise. Man muss viel kommunizieren, aber es lohnt sich.

Anke Bruns: Herr Dr. Heinen, am Brennen halten ist doch ein Auftrag an die Politik, oder?

Dr. Ralf Heinen: Frau Scheunemann hat es richtig erkannt, die Verwaltungsreform ist ein zentraler Ansatz, das Thema als Topaufgabe über die Dezernate zu steuern, dann sind wir einen großen Schritt weiter. Ich sehe aber nach wie vor, dass das Know-how, das Wissen und das Können in den kleinsten Zirkeln vor Ort ist. Diese Kompetenz ist am allerwichtigsten. Man braucht auch gar nicht so viele Steuerungsgremien in allen Bereichen. Es muss nicht jeder überall hineinreden, das gilt auch für die Politik. Wenn dieser Teil in der operativen Gestaltung vor Ort funktioniert und die Verwaltung dies als Topaufgabe über alle Dezernate sieht, dann klappt das und man ist ein Stück weiter.

Obwohl der Teil der kleinräumigen Strukturen sehr wichtig ist, fehlt es an einem Budget vor Ort. Das Budget hilft dann vor Ort für viele kleine Maßnahmen. Manchmal fehlt es an Kleinstbeträgen, für die es eben kein Budget gibt.

Anke Bruns: Wer bestimmt denn ein solches Budget, ob es das gibt oder nicht?

Dr. Ralf Heinen: Wir, aber wir alle.

Frau Bruns: Ok, ich fasse mal zusammen, Sie haben gesagt, Sie brauchen Budget, Frau Jahn hat geklatscht, dann bringen Sie das doch auf den Weg.

Dr. Ralf Heinen: Dann werden wir das tun.

Anke Bruns: Sie sind ja dann doch schon drei.

Kirsten Jahn: Richtig ist ja, wir haben einen Milliardenhaushalt und hier geht es um kleine Summen, die eine hohe Wirkung erzielen.

Anke Bruns: Wir haben viel über Strukturen und nun auch über Geld gesprochen. Wo sind sonst noch Entwicklungsmöglichkeiten?

Ulrich Bergmann: Die Frage die hierzu gehört: Wie gelingt Beteiligung? Der Bürgerhaushalt mag ein Beteiligungsinstrument sein. Aber die Menschen vom Kölnberg zum Beispiel beteiligen sich nicht am Bürgerhaushalt. Da braucht es andere Formen von Zugängen damit sich diese Menschen mitgenommen fühlen und sich auf eine für sie adäquate Art und Weise beteiligen können. Das ist eine hohe Kunst das fachlich zu tun, die gilt es weiter zu entwickeln.

Jörg Detjen: Mich hat die Zukunftskonferenz in Bilderstöckchen in der vergangenen Woche sehr beeindruckt. Dies ist eine Konferenz, die im Sozialraum stattgefunden hat und an der ca. 140 Menschen teilgenommen haben. Wenn Sie diese Konferenzen in den Sozialräumen mit dem Bürgerhaushalt verbinden, hat man mit einfachen Mittel auch eine Möglichkeit, Menschen die nicht dem Bürgerbildungstum angehören, an solchen Prozessen zu beteiligen.

Ulrich Bergmann: Die Sozialraum- und Stadtteilkonferenzen sind ein hervorragendes Instrument. Diese sind vom Team der Sozialraumkoordinatorinnen und Sozialraumkoordinatoren entwickelt worden. Hier werden viele verschiedene Akteure mit ins Boot geholt, Polizei, Geschäftsleute, Bürgervereine, Sportvereine, betroffene und benachteiligte Bürger. Es ist ein gut entwickeltes Instrument, was ich auf der Habenseite sehe. Mehr Intensität muss man nun noch drauf setzen, die Menschen zu erreichen, die zum schwächeren Milieu gehören. Diese Menschen müssen positive Dinge erleben, wenn es gelingt ein unmittelbares Umfeld zu verbessern. Auch hier sind überschaubare Summen interessant, ein Sozialraumbudget, womit man kleinere Maßnahmen innerhalb eines Jahres erfolgreich gestalten und umsetzen kann.

Kirsten Jahn: Ich wünsche mir für die nächsten 10 Jahre, dass Sozialraumorientierung nicht mehr nur unter Soziales und Jugend läuft, sondern als gesamtstädtische Aufgabe der Stadtentwicklung. Es geht um öffentliche Räume und ganze Stadtteile.

Dr. Ralf Heinen: Ich würde an dieser Stelle gerne den Brennpunktbegriff raus nehmen. Sozialraum sind auch die Räume mit hohem Einkommen und weniger bekannten Problemen. In einigen Stadtteilen gibt es gar keine



Sozialstrukturen mehr, obwohl sie sehr reich und sehr vornehm sind. In bestimmten Ecken wird es nicht geschafft, Schulen und Kindergärten zu bauen, weil dies als Wertminderung verstanden wird, wenn sich eine Schule in der Umgebung befindet. Diese Gebiete müssen wir als Sozialraum bzw. als Bürgerraumgebiete verstehen.

Anke Bruns: Gibt es an dieser Stelle weitere Wünsche für die Zukunft, die sie einbringen möchten?

Jörg Detjen: Ich wünsche mir im Wahljahr 2017 gemeinsame Aktivitäten aller demokratischen Kräfte gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in den Veedeln.

Bettina Scheunemann: Das Sozialraumkonzept hat nicht nur die elf Sozialräume im Visier, es gibt viel mehr Sozialraumgebiete und die dürfen wir auch nicht aus dem Blick verlieren. Es gibt dabei andere Möglichkeiten, die auch nicht kommunal finanziert werden müssen. Dort wo die Kraft vorhanden ist, das selbst zu organisieren, müssen wir einfach nur ein bisschen anstoßen. Dies ist eine wichtige Rolle, die beispielsweise auch die Bezirksvertreter ausfüllen. Mein persönlicher Wunsch ist es, dass Köln nicht in 20 – 30 Jahren zu einer seelenlosen Megacity verkommt, wo die Leute sich immer mehr zu Hause eingeln und nicht mehr die Verantwortung für das Gemeinwesen haben. Als Kommune müssen wir an dieser Stelle aktiv werden und dort investieren, wo diese Gefahr sehr groß ist. Wenn wir den Weg weitergehen und die Vision in zehn Jahren betrachten, bin ich gespannt, ob die Ideen von heute erfüllt wurden.

Ulrich Bergmann: Der Erfolg in den elf vorhandenen Sozialraumgebieten rechtfertigt aus Sicht der Wohlfahrtsverbände eine Ausweitung der Anzahl von Sozialraumgebieten.

Adressen

Bickendorf, Westend und Ossendorf

Outback Stiftung
Thomas Wydra
Am Rosengarten 87
50827 Köln
Telefon: 0221 / 1306435
Telefax: 0221 / 1306295
wydra@outback-stiftung.de
www.stadtbezirk-ehrenfeld.info

Bilderstöckchen

Netzwerk e.V. – Soziale Dienste und
Ökologische Bildung
Dr. Brigitte Jantz und Nadja Örtel
Longericher Straße 136
50739 Köln
Telefon: 0221 / 88899660
Telefax: 0221 / 88899669
nadja.oertel@net-sozial.de
brigitte.jantz@net-sozial.de
www.net-sozial.de

Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord

Bürgerzentrum Chorweiler
Benjamin Stieb
Pariser Platz 1
50765 Köln
Telefon: 0221/ 221-96108
Telefax: 0221 / 221-96412
benjamin.stieb@stadt-koeln.de
www.chorweiler.info

Bocklemünd/Mengenich

Bürgerschaftshaus Bocklemünd/
Mengenich e.V.
Monika Reinsinger
Görlinger Zentrum 11-15
50829 Köln
Telefon: 0221 / 94648614
Telefax: 0221 / 501018
monika.resinger@buergerschafts-
haus.de
www.stadtbezirk-ehrenfeld.info

Buchheim und Buchforst

Buchheimer Selbsthilfe e.V.
Claudia Greven-Thürmer
Dellbrücker Straße 17
51067 Köln
Telefon: 0221 / 699657
Telefax: 0221 / 6920369
claudia.greven-thuermer@gmx.de
www.netzwerkbuchheim-buchforst.
de

Höhenberg und Vingst

Katholische Jugendagentur Köln
gGmbH
Büro Höhenberg
Andreas Hildebrand
An Sankt Elisabeth 5
51103 Köln
Telefon: 0221 / 474525-50
Telefax: 0221 / 474525-55
andreas.hildebrand@kja.de
Katholische Jugendagentur Köln
gGmbH
Büro Vingst
Daniela von Palubicki
Burgstraße 42
51103 Köln
Telefon: 0221 / 2942819
Telefax: 0221 / 2942818
daniela.von-palubicki@kja.de
www.hoevi.info

Humboldt/Gremberg und Kalk

Kinderschutzbund Köln
Kinderschutz-Zentrum Köln e.V.
Alexander Tschechowski
Rolshover Straße 7-9
51105 Köln
Telefon: 0221 / 47445914
Telefax: 0221 / 47445911
a.tschechowski@kinderschutzbund-
koeln.de
www.kalk-vernetzt.info

Meschenich und Rondorf

Caritasverband für die Stadt Köln
e.V.
Ludger van Elten
Brühler Landstraße 425
50997 Köln
Telefon: 02232 / 4171810
Telefax: 02232 / 4171825
ludger.van.elten@caritas-koeln.de
www.rondorf-meschenich.info

Mülheim-Nord und Keupstraße

Christliche Sozialhilfe Köln e.V.
Maria Fichte
Knauffstraße 1
51063 Köln
Telefon: 0221 / 6470946
Telefax: 0221 / 6470950
maria.fichte@csh-koeln.de
www.netzwerkmuellheim.de

Ostheim und Neubrück

Veedel e.V.
Andreas Hansmann
Buchheimer Weg 9
51107 Köln
Telefon: 0221 / 222878-0
Telefax: 0221 / 222878-99
a.hansmann@veedel.de
www.ostheim-neubrueck.de

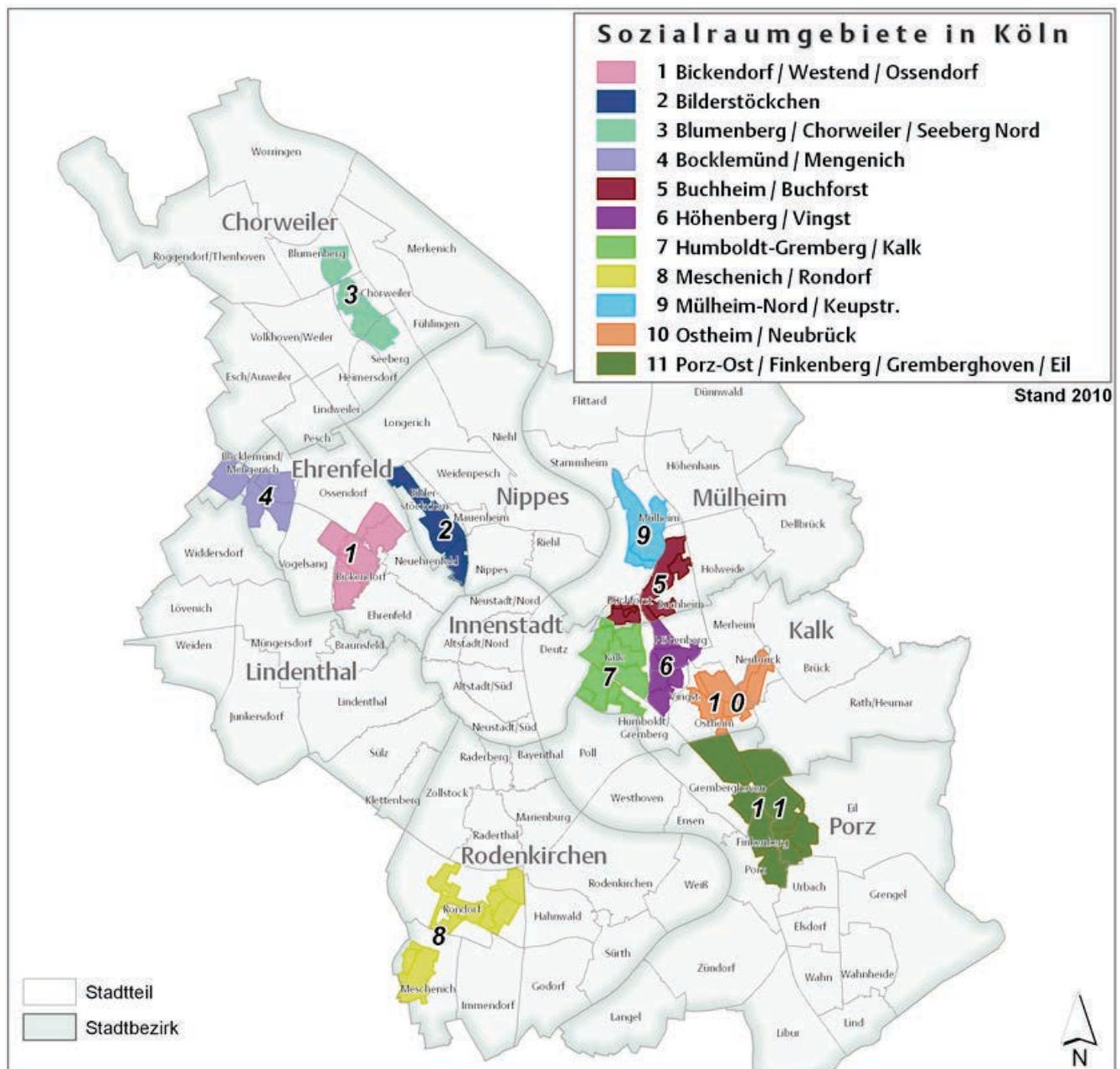
Porz-Ost, Finkenbergr, Gremberghoven und Eil

Diakonie Michaelshoven e.V.
Die Sozialen Hilfen
Jochen Schäfer
Bahnhofstraße 8
51149 Köln
Telefon: 02203 / 1829695
Telefax: 02203 / 1829697
j.schaefer@diakonie-michaelshoven.de
www.porz-nordost.info

Geschäftsstelle und Gesamtkoordination

Dezernat Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Recht
Geschäftsstelle „Lebenswerte Veedel – Bürger- und
Sozialraumorientierung in Köln“
c/o Bürgeramt Ehrenfeld
Bettina Scheunemann, Karl-Benedikt Joest,
André Schultheis

Venloer Straße 419 – 421, 50825 Köln
Telefon: 0221 / 221-94394 oder 221-94395
Telefax: 0221 / 221-94342
sozialraum@stadt-koeln
www.koeln.de/ leben-in-koeln/soziales/
lebenswerte-veedel



„Grau is alle Theorie – entscheidend is auf’m Platz“
(Alfred Preißler)

